



Bayerisches Landesamt für
Umwelt



Dialog zu Klimaschutz und Energiewende

Energienutzungsplan und Energiekonzept

Landvolkshochschule Niederalteich, 08.11.2013

Regierung von
Niederbayern



Veranstaltungsdokumentation

UmweltSpezial

Impressum

Energienutzungsplan und Energiekonzept
(Dokumentation der Regionalveranstaltung für Niederbayern am 08.11.2013 in dem Bildungshaus Landvolkshochschule St. Gunther, Niederalteich)

Herausgeber:

Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU)
Bürgermeister-Ulrich-Straße 160
86179 Augsburg
Tel.: 0821 9071-0
Fax: 0821 9071-5556
E-Mail: poststelle@lfu.bayern.de
Internet: www.lfu.bayern.de

Text:

Ursula Ammermann, Sonja Epple, Brigitte Gans und Sven Siebert, citycom, Pfarrer-Grimm-Straße 2, 80999 München
Vorträge der Referenten
LfU, Referat 17, Annika Malewski

Bearbeitung und Redaktion:

LfU, Referat 17

Bildnachweis:

Bayerisches Landesamt für Umwelt

Stand:

Februar 2014

Diese Druckschrift wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Sofern in dieser Druckschrift auf Internetangebote Dritter hingewiesen wird, sind wir für deren Inhalte nicht verantwortlich.

Für die Inhalte zu den Vorträgen und Erfahrungsberichten der Impulsgeber zeichnen die Autoren selbst verantwortlich. Die darin ausgedrückten Meinungen geben ausschließlich die Meinung des jeweiligen Autors wieder.

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	5
2	Veranstaltungsprogramm	7
3	Teilnehmerliste	8
4	Impressionen der Veranstaltung	10
5	Kurzinformation: Energienutzungsplan und Energiekonzept	11
5.1	Energienutzungsplan	11
5.2	Energiekonzept	12
5.3	Gemeinsamkeiten und Unterschiede	12
6	Vortrag: Energiekonzepte und die Förderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung	14
6.1	Klaus Hecht	14
6.2	Zusammenfassung des Vortrags	15
7	Vortrag: Energiekonzept & Energienutzungsplan – eine Einführung	16
7.1	Pablo Schindelmann	16
7.2	Zusammenfassung des Vortrags	17
8	Vortrag: Plädoyer für lokale Energienutzungspläne	18
8.1	Stefan Graf	18
8.2	Zusammenfassung des Vortrags	18
9	Vortrag: Werkstattbericht Markt Painten	19
9.1	Willi Dürr	19
9.2	Zusammenfassung des Vortrags	20
10	Vortrag: Werkstattbericht Gemeinde St. Oswald-Riedlhütte	23
10.1	Helmut Vogl	23
10.2	Zusammenfassung des Vortrags	23
11	Ergebnisse der Thementische	26
11.1	Thementisch A/C: Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern	27
11.2	Thementisch B: Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen	31
11.3	Thementisch D: Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland	35
11.4	Thementisch E: Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger, Unternehmen)	37

12	Vortrag: Aspekte der Förderung für Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte	42
12.1	Dr. Peter Wunsch	42
12.2	Zusammenfassung des Vortrags	42
13	Vortrag: Aspekte der Förderung für Energiekonzepte	44
13.1	Dr. Thomas Kerscher	44
13.2	Zusammenfassung des Vortrags	45
14	Resümee	47

1 Einführung

Bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort haben die Kommunen eine Schlüsselfunktion. Unter anderem unterliegt ihnen die Planungshoheit und zum Teil auch die Energieversorgung vor Ort. Zusätzlich kommen ihnen Aufgaben der Koordinierung und Motivierung zu, um alle Beteiligten erfolgreich in den Prozess einzubinden. Steigende Energiepreise und mögliche künftige Versorgungssengpässe, der Klimawandel und viele weitere Aspekte machen ein möglichst zeitnahes Agieren notwendig.

Als Hilfe und Planungsgrundlage, damit Kommunen auf diesem Weg informierte Entscheidungen treffen können, dienen die beiden Instrumente Energienutzungsplan (ENP) und Energiekonzept (EK). Ausgangspunkt ist bei beiden eine Analyse von Ist-Daten und eine Ermittlung von Potenzialen sowohl für die Energieerzeugung als auch für mögliche Einsparungen des Energieverbrauchs im Gemeindegebiet. Darauf aufbauend kann die Kommune ihre Maßnahmen für Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und eine Umstellung auf regenerative Energieträger entwickeln und optimal aufeinander abstimmen. Trotz dieser Gemeinsamkeiten haben die beiden Förderinstrumente ENP und EK unterschiedliche Ausprägungen, beispielsweise in Bezug auf die Einbindung der Öffentlichkeit (bei dem EK stärker ausgeprägt) oder die Verortung von Daten (bei dem ENP stärker ausgeprägt).¹

Mit einer Veranstaltungsreihe zum ENP und EK in allen bayerischen Regierungsbezirken wurde den Teilnehmern ein Forum zur Umsetzung von ENPs und EKs geboten. Zu der Zielgruppe zählten in erster Linie Verwaltungsmitarbeiter und politische Entscheidungsträger kleinerer Kommunen. Die Veranstaltungen wurden gemeinsam mit den jeweiligen Bezirksregierungen und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV durchgeführt. Als Kooperationspartner haben sich darüber hinaus das Bayerische Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Innenministerium sowie die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag – beteiligt.

Die Regionalveranstaltung für Niederbayern wurde am 08.11.2013 in dem Bildungshaus Landvolkshochschule St. Gunther in Niederalteich durchgeführt. Während der Begrüßung, die durch Vertreter der niederbayerischen Bezirksregierung, des Bayerischen Umweltministeriums und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV vorgenommen wurde, wurde bereits die herausragende Rolle der Kommunen bei der Energiewende betont. Im Laufe der Veranstaltung berichteten unter anderem im ENP und EK erfahrene Kommunen über die praktische Umsetzung. Der Kern der Veranstaltung war ein interaktiver Erfahrungsaustausch im Rahmen von sogenannten Thementischen. Der Tag wurde schließlich mit einem Überblick über die Ergebnisse der Thementischrunden sowie über die verschiedenen Förderaspekte abgerundet.

Hiermit stellen wir die Dokumentation der Regionalveranstaltung in Niederbayern allen Teilnehmern und Interessierten zur Verfügung. Zudem werden die Ergebnisse der sieben Regionalveranstaltungen in einer Gesamtdokumentation zusammengefasst und über den Bestellshop des Bayerischen Umweltministeriums (www.bestellen.bayern.de) bis voraussichtlich Mitte März 2014 zum öffentlichen Download eingestellt.

¹ Ausführlicher wird dies in den Kapiteln 5, 6, 7 und 12 erläutert.

Energie-Atlas Bayern: „Dialog zu Klimaschutz und Energiewende in Kommunen“

Unter dem Titel „Dialog zu Klimaschutz und Energiewende in Kommunen“ führte und führt das Bayerische Landesamt für Umwelt gemeinsam mit den Bezirksregierungen und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV Veranstaltungen zu den Instrumenten „Energiemanagement in kommunalen Liegenschaften“ (Frühjahr 2013) und „Energienutzungsplan und Energiekonzept“ (Herbst/Winter 2013) sowie „CO₂-Bilanzierung“ (geplant für Ende 2014) jeweils in allen Regierungsbezirken durch.

Die Veranstaltungsreihen sind ein Projekt der Bayerischen Staatsregierung im Rahmen des Energie-Atlas Bayern (www.energieatlas.bayern.de), der zentralen Informationsplattform zur Umsetzung der Energiewende vor Ort und werden vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gefördert. Weitere Kooperationspartner sind das Bayerische Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Innenministerium mit der Obersten Baubehörde sowie die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag.

Die Erkenntnisse aus den Veranstaltungen dienen dazu, konkrete Umsetzungshilfen für die bayerischen Kommunen zu entwickeln und im Energie-Atlas Bayern zur Verfügung zu stellen.

2 Veranstaltungsprogramm

Moderation: Dr. Michael Joneck, Bayerisches Landesamt für Umwelt	
09:00 Uhr	Begrüßung Dr. Helmut Graf, Regierungsvizepräsident von Niederbayern Marion Appold, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Katharina Schuster, Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV
09:15	Energiekonzepte und Energienutzungspläne – eine Einführung Klaus Hecht, Ländliche Entwicklung – Bereich Zentrale Aufgaben Pablo Schindelmann, Bayerisches Landesamt für Umwelt
09:35	Plädoyer des Bayerischen Gemeindetages für die Erstellung von Energiekonzepten und Energienutzungsplänen Stefan Graf, Bayerischer Gemeindetag
09:45	Werkstattberichte Willi Dürr, 1. Bürgermeister, Markt Painten Helmut Vogl, 1. Bürgermeister, Gemeinde St. Oswald-Riedlhütte
10:25 – 10:45	Kaffeepause
10:45	Thementische, Runde 1 & 2 - A/C: Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern - B: Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen - D: Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland - E: Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger/Unternehmen)
12:15 – 13:15	Mittagspause
13:15	Fortführung der Thementische, Runde 3 & 4 Themen siehe bitte Programm Vormittag
14:45 – 15:00	Kaffeepause
15:00	Kurzbericht der Thementische Moderatoren der Thementische
15:20	Aspekte der Förderung Dr. Peter Wunsch, Bayern Innovativ Dr. Thomas Kerscher, Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern
16:00	Resümee Dr. Michael Joneck, Bayerisches Landesamt für Umwelt
16:15	Ende des offiziellen Programms

3 Teilnehmerliste

Name	Vorname	Kommune/Institution
1. Ammermann	Ursula	citycom
2. Appold	Marion	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
3. Auer	Josef	Markt Massing
4. Brandl	Hermann	Gemeinde Arnbruck
5. Brautsch	Markus	Institut für Energietechnik IfE an der Hochschule Amberg-Weiden
6. Brodmerkel	Frank	Bayerische Verwaltungsschule
7. Denk	Petra	Hochschule Landshut
8. Diepold	Florian	Technologie Campus Freyung
9. Dürr	Willi	Markt Painten
10. Epple	Sonja	citycom
11. Folger	Wolfgang	Markt Schwarzach
12. Friedberger	Theresia	Gemeinde Aholming
13. Furchert	Anna-Maria	Landratsamt Deggendorf
14. Gans	Brigitte	citycom
15. Garbe	Katharina	Institut für Systemische Energieberatung GmbH an der Hochschule Landshut
16. Graf	Helmut	Regierung von Niederbayern
17. Graf	Stefan	Bayerischer Gemeindetag
18. Hausberger	Luise	Gemeinde Baierbach
19. Hecht	Klaus	Ländliche Entwicklung – Bereich Zentrale Aufgaben
20. Heinz	Matthias	Green City Energy
21. Hetterich	Wolfgang	Bayerische Verwaltungsschule
22. Hof	Alfons	Gemeinde Aholming
23. Hölzl	Georg	Gemeinde Mitterskirchen
24. Joneck	Michael	Bayerisches Landesamt für Umwelt
25. Jordan	Peter	Bayerische Verwaltungsschule
26. Kerscher	Thomas	Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern
27. König	Michael	K.GREENTECH
28. Krempl	Bernhard	Stadt Geiselhöring
29. Krenn	Georg	Stadt Vilshofen an der Donau
30. Lippl	Manfred	Stadt Vilshofen an der Donau
31. Malewski	Annika	Bayerisches Landesamt für Umwelt
32. Marquardt	Anna	Technologie Campus Freyung
33. Monhart	Erich	K.GREENTECH
34. Niesl	Georg	Gemeinde Train
35. Orthuber	Kurt	Gemeinde Johanniskirchen
36. Osterholzer	Laura	Regierung von Niederbayern
37. Pauli	Josef	Technologie Campus Freyung
38. Pichlmeier	Franz	Gemeinde Falkenberg
39. Pogodda	Günther	Markt Ergolding
40. Rampf	Hans	Stadt Landshut
41. Ranzinger	Peter	Landratsamt Passau
42. Reichl	Thomas	Markt Reisbach
43. Reuschl	Doris	Regierung von Niederbayern
44. Rottenwallner	Katharina	Gemeine Altfraunhofen

45. Schindelmann	Pablo	Bayerisches Landesamt für Umwelt
46. Schuster	Katharina	Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV
47. Schwimmer	Wolfgang	Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe
48. Siebert	Sven	citycom
49. Thalhammer	Josef	Gemeinde Niederalteich
50. Tögel	Martina	Bayerisches Landesamt für Umwelt
51. van Bracht	Fritz	Stadt Landshut
52. Vater	Nina	Gemeinde St. Oswald-Riedlhütte
53. Vetter-Gindele	Oliver	Stadt Straubing
54. Viellehner	Franz	Gemeinde Zeilarn
55. Vogl	Helmut	Gemeinde St. Oswald-Riedlhütte
56. Wagner	Klaus	Gemeinde Fürstenstein
57. Watzek	Ulrike	Stadt Deggendorf
58. Wiesner	Bernd	Regierung von Niederbayern
59. Wimmer	Elisabeth	Landratsamt Rottal-Inn
60. Wölfel	Torsten	Bayerisches Landesamt für Umwelt
61. Wunsch	Peter	Bayern Innovativ
62. Zadow	Oliver	Technische Universität München
63. Zirngibl	Wolfgang	Gemeinde Ascha

4 Impressionen der Veranstaltung



Abb. 1: Dr. Helmut Graf (Regierungsvizepräsident von Niederbayern), Marion Appold (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz) und Dr. Katharina Schuster (Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV) begrüßten die Teilnehmer.



Abb. 2: Ein Blick in das Plenum während der Einführungsvorträge.



Abb. 3: An den Thementischen konnten die Teilnehmer Erfahrungen zum ENP und EK austauschen.



Abb. 4: Auch während der Pausen gab es die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch.



Abb. 5: Die prägnantesten Ergebnisse der Thementischrunden wurden am Nachmittag im Plenum vorgestellt.



5 Kurzinformation: Energienutzungsplan und Energiekonzept

5.1 Energienutzungsplan

Ein Energienutzungsplan (ENP) ist ein strategisches Planungsinstrument für den Energiebereich, vergleichbar dem Flächennutzungsplan im Bereich der Raumplanung. Er gibt einen Überblick über die bestehende Energieinfrastruktur, die momentane sowie zukünftige Energiebedarfs- und Energieversorgungssituation sowie über die Potenziale für erneuerbare Energien in der Gemeinde in Form von Karten. Der ENP bildet somit die Basis, um Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf erneuerbare Energieträger aufeinander abzustimmen.

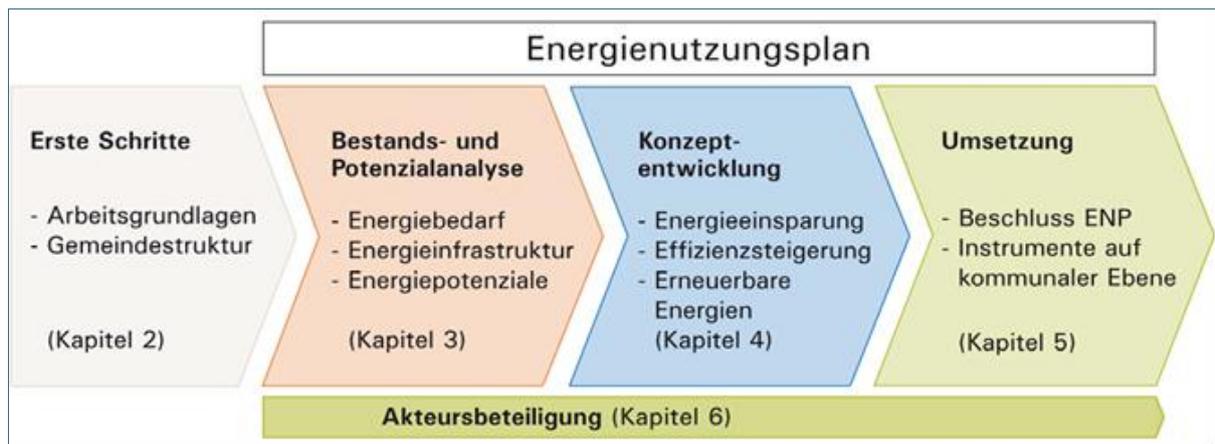


Abb. 6: Phasen bei der Erstellung eines ENPs.²

Der Ausgangspunkt eines ENPs wird durch die Bestands- und Potenzialanalyse gebildet, wobei der Energiebedarf, die Energieinfrastruktur und die Energiepotenziale einer Region einbezogen werden. Auf Basis dieser Analyse erfolgt die Entwicklung von Konzepten zur Energieeinsparung, Erhöhung der Energieeffizienz und dem Einsatz von erneuerbaren Energien. Das Ergebnis eines ENPs wird durch das Gesamtkonzept in Form von Karten und erläuternden Texten gebildet. Somit wird das Finden von optimalen Lösungen für die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde erleichtert.

Die Erstellung eines ENPs wird durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie gefördert. Förderfähig sind die Kosten der Studie (Kosten für Planung, Durchführung und öffentlichkeitswirksame Präsentation der Studienergebnisse, z. B. in einer Bürgerversammlung), wobei der Fördersatz bis zu 70 % für kommunale Gebietskörperschaften beträgt.

Weitere Informationen erhalten Sie u.a. in dem „Leitfaden Energienutzungsplan“² und dem Energieatlas Bayern³.

² Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG), Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT), Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (OBB): Leitfaden zur Erstellung eines Energienutzungsplanes.
[http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC\(BILDxKEY:stmug_klima_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF\)=Z](http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC(BILDxKEY:stmug_klima_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF)=Z)

³ www.energieatlas.bayern.de/kommunen/energienutzungsplan.html

5.2 Energiekonzept

Die Erarbeitung eines Energiekonzeptes (EKs) kann sowohl im Rahmen einer Dorferneuerung, eines Gemeindeentwicklungsprozesses oder in der Integrierten Ländlichen Entwicklung gefördert werden. EKs sind daher immer Teil eines umfassenderen Entwicklungsprozesses in den ländlich strukturierten Gemeinden. Gerade die Energiewende bietet vielfältige neue Chancen für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums, insbesondere zur zusätzlichen Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen; diese Chancen gilt es in der Ländlichen Entwicklung zu nutzen. Die EKs haben deshalb Querbezüge zu anderen Themenfeldern der gemeindlichen Entwicklung, beispielsweise zu:

- Landnutzung und Kulturlandschaftsentwicklung: Der Ausbau der erneuerbaren Energien verändert Landnutzungen, hat Auswirkungen auf die Agrarstruktur und benötigt entsprechendes Flächenmanagement.
- Innenentwicklung: Der Ausbau von Nahwärmenetzen im Zusammenhang mit der Dorferneuerung führt nicht nur bautechnisch zu Synergien, sondern kann auch konzeptionell in die Entwicklung eines Dorfes oder einer Gemeinde integriert werden (v. a. auch im Hinblick auf die jeweilige demografische Entwicklung).

Eine Stärke der Ländlichen Entwicklung ist seit jeher ihre Umsetzungsorientierung. Die Hilfen bei der Umsetzung von EKs umfassen insbesondere:

- Beratung und Prozessmanagement,
- Flächenbereitstellung im Rahmen der Bodenordnung,
- Erschließung,
- Koordination von Baumaßnahmen sowie
- finanzielle Förderung.

Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der EKs ist die intensive Einbindung der Menschen. Die bewährten Methoden der Bürgerbeteiligung in der Dorferneuerung und der Gemeindeentwicklung bieten die Grundlage dafür, dass Gemeinden, Bürger, alle Wirtschaftsbeteiligten und ganz besonders die Landwirte gemeinsam Visionen und Leitbilder, aber auch ganz konkrete Ziele und Maßnahmenkonzepte erarbeiten können. Dies trägt auch ganz erheblich zur Verbesserung der Akzeptanz bei.

Bürgerbeteiligung im Rahmen eines EKs heißt aber auch, die Menschen vor Ort in die Lage zu versetzen, bei der Erschließung des lokalen Energiepotenzials selbstbestimmt und aktiv mitwirken zu können. Im Rahmen der Erstellung und Umsetzung wird deshalb versucht, Strukturen der Selbsthilfe auf den Weg zu bringen (Bürgerenergiegesellschaften). Sie befähigen handlungs- und investitionsbereite Menschen in den ländlichen Räumen dazu, die örtlichen Energiepotenziale zu sichern und sie gemeinschaftlich auszuschöpfen.

Insgesamt gesehen beinhalten EKs im Rahmen der Ländlichen Entwicklung nicht nur einen fachlich-planerischen Teil, sondern sind bürger- und umsetzungsorientiert auf die Gesamtentwicklung von ländlichen Gemeinden ausgerichtet.

5.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Grundsätzlich sind die Phasen des Vorgehens bei dem ENP und EK gleich, die Beweggründe für die Schaffung von Planungsgrundlagen auf der örtlichen Ebene sind jedoch vielfältig und unterschiedlich ausgeprägt. In dieser unterschiedlichen Ausprägung ist teilweise begründet, dass verschiedene Planungsinstrumente genutzt werden. Diese sind neben dem ENP und dem EK auch das Integrierte Kli-

maschutzkonzept nach der Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums. Letzteres wird in dieser Veranstaltung nicht weiter thematisiert.

Abgrenzungsmerkmale zwischen dem ENP und dem EK sind unter anderem:

- Bei dem EK ist die Einbindung der örtlichen Akteure von Anfang an ein fester Bestandteil. Bei dem ENP ist dies nicht verpflichtend, wird aber empfohlen.
- Bei dem EK wird insbesondere das Ziel verfolgt, prozessbegleitend konkrete Maßnahmen und Projekte auf den Weg zu bringen. Bei dem ENP sollen übergeordnete energetische Planungsziele aufgezeigt werden und für identifizierte Teilbereiche Maßnahmenempfehlungen mit Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gegeben werden. Diese bilden dann die Grundlagen für weitere Fachplanungen.
- Ein explizites Ziel des EKs ist zudem, die Wertschöpfung im ländlichen Raum zu steigern. Dabei wird die Beteiligung der Bürger an Energieerzeugungsanlagen (z. B. Bürgerenergiegenossenschaften) befürwortet.
- Die Verortung von Energieinfrastruktur und Energiepotenzialen wird insbesondere bei dem ENP vorgenommen. Daher ist der Stellenwert räumlich aufgelöster Daten bei dem ENP deutlich höher.
- Eine Förderung für den ENP kann jede Kommune beantragen. Für die Förderung für das EK der Ländlichen Entwicklung ist zukünftig erforderlich, dass ein Zusammenhang mit einem Vorhaben der Ländlichen Entwicklung gegeben ist.
- Bei dem EK der Ländlichen Entwicklung wird die Kommune prozessbegleitend durch das Amt für Ländliche Entwicklung bzw. eine beauftragte Stelle unterstützt.

Gemeinsamkeiten zwischen dem ENP und dem EK sind unter anderem:

- Beide Instrumente sind grundsätzlich so angelegt, dass die interkommunale Kooperation gewünscht und gefördert wird.
- Bei beiden Instrumenten muss sich die Kommune im Vorfeld bewusst werden, welches Wissen in der Kommunalverwaltung genutzt und aufgebaut werden soll und welche freien Kapazitäten bei dem Personal dafür zur Verfügung stehen (müssen).
- Die Kommune muss sich frühzeitig bewusst werden, welche Datengüte für sie erforderlich ist, damit am Ende die Ergebnisse auch belastbar für weitere Planungen, Projektbeschlüsse etc. sind.

Bei beiden Instrumenten sollte die Kommune darauf achten, dass ein für sie zeitlich und finanziell leistbarer Aufwand betrieben wird und dass die Fortschreibung der erhobenen Daten künftig auch durch die Verwaltung leistbar ist.

6 Vortrag: Energiekonzepte und die Förderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung

6.1 Klaus Hecht



Koordination der Fachberater an den Ämtern für Ländliche Entwicklung

Bereich Zentrale Aufgaben
Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung
Sachgebiet Landespflege und Landnutzung
Infanteriestraße 1
80797 München

089 1213-1542
klaus.hecht@bza.bayern.de
www.landentwicklung.bayern.de

Die Erstellung eines EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

- Systematischer Schritt zu einer ganzheitlichen und maßgeschneiderten Energieplanung als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe
- Bündelung der bisherigen Aktivitäten und Einzelprojekte im Energiebereich
- Steuermöglichkeiten für die Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz
- Generierung von Wertschöpfung (Gründung von Bürgerenergiegesellschaften)
- Versorgungssicherheit, Wertschöpfung Klimaschutz und Imagegewinn als wichtiger Standortfaktor

Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Das EK soll folgende Kernelemente beinhalten und möglichst ganzheitlich und umsetzungsorientiert erarbeitet werden:

- Energiebilanz im Ist-Zustand mit Situationsanalyse
- Potenzialbetrachtungen zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung
- Flächenmanagement
- Querbezug zur gemeindlichen und übergemeindlichen Gesamtentwicklung (Landnutzung und Innenentwicklung)
- Aufzeigen von Fördermitteln
- Maßnahmenpaket mit Priorisierung und Kostenschätzung

Die Bürger sollten bei der Erstellung eines EKs von Beginn an eingebunden werden, dies schafft Akzeptanz und Vertrauen.

6.2 Zusammenfassung des Vortrags

Auftrag der Ländlichen Entwicklung

Als Auftrag der Ländlichen Entwicklung wird gesehen, den ländlichen Raum zu entwickeln, einen vitalen ländlichen Raum zu bewahren und die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den Städten und auf dem Land zu sichern. Die Gemeinden, Bürger, Landwirte und Wirtschaftsbeteiligte werden somit durch die folgenden Instrumente unterstützt:

- Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE)
- Dorferneuerung
- Flurneuordnung

Es werden übergemeindliche Allianzen zum Aufbau von Netzwerken, zur Lösung gemeindeübergreifender Herausforderungen und zur Erhöhung der Wertschöpfung in der Region gefördert und begleitet.

Warum engagiert sich die Ländliche Entwicklung in der Energiewende?

In vielen Projekten der ländlichen Entwicklung spielt Energie eine wichtige Rolle und auch die Bürger benötigen Unterstützung. Der ländliche Raum bietet die wesentlichen Flächenpotenziale für die Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen, sei es aus Biomasse oder über Wasserkraft, Wind- und Solaranlagen. Daher wird ihm bei der Energiewende eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Die Energiewende bietet somit vielfältige Chancen für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung und die Entwicklung des ländlichen Raums:

- Möglichkeiten für neue oder erhöhte Wertschöpfung
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Chancen für die Landwirtschaft

Die Energiewende benötigt eine aktive Steuerung durch die Kommunen. Aus diesem Grund begleitet die Verwaltung für Ländliche Entwicklung in ihren Projekten ländliche Gemeinden und deren Bürger bei der Erarbeitung und Umsetzung von kommunalen EKs.

Förderung der EKs

EKs sind im Rahmen der Aktion „100 Energie neutrale Gemeinden“ für ländlich strukturierte Gemeinden mit 75 % förderfähig, maximal jedoch mit 30.000 €. Diese Aktion ist zwar mittlerweile abgeschlossen, aber auch jetzt können noch EKs für Gemeinden und Gemeindezusammenschlüsse gefördert werden. Eine Voraussetzung für die Antragstellung ist allerdings, dass die Gemeinden sich bereits in einem Verfahren der Ländlichen Entwicklung befinden (z. B. Dorferneuerung).

Inhalte von EKs

Es werden Analysen der Energiebilanz im Ist-Zustand mit Situationsanalyse sowie Potenzialbetrachtungen zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung durchgeführt. Darauf aufbauend erfolgt eine Konzeptentwicklung in den Bereichen Energiegewinnung, Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Ein wichtiger Aspekt ist die intensive Einbindung der Bürger von Beginn an, denn dies erhöht die Akzeptanz und schafft Vertrauen. Ein weiteres wichtiges Merkmal von EKs ist die Umsetzungsorientierung, sodass letztendlich auf ein Maßnahmenpaket mit Priorisierung und Kostenschätzung hingearbeitet wird. Im Zuge dessen sollen auch die Fördermittel optimiert und die zur Verfügung stehenden Flächen sinnvoll gemanagt werden.

Vorteile für die Gemeinden

Die Erstellung eines EKs ist ein systematischer Schritt zu einer ganzheitlichen und maßgeschneiderten Energieplanung und dient als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe. Die bisherigen Aktivitäten und Einzelprojekte werden gebündelt und es ergeben sich zudem Steuermöglichkeiten für die Entwicklung des Ausbaus von erneuerbaren Energien. Durch das EK wird die Generierung von Wertschöpfung gefördert, z. B. durch die Gründung von Bürgerenergiegesellschaften. Weitere ausschlaggebende Vorteile sind die Erhaltung der Versorgungssicherheit und der Imagegewinn als wichtiger Standortfaktor.



Abb. 7: Klaus Hecht während des Vortrags.

7 Vortrag: Energiekonzept & Energienutzungsplan – eine Einführung

7.1 Pablo Schindelmann



Bayerisches Landesamt für Umwelt
Ref. 17: Klimawandel, kommunaler Umweltschutz
Hans-Högn-Str. 12
95030 Hof

09281 1800-4682
pablo.schindelmann@lfu.bayern.de
www.lfu.bayern.de

Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

Die Gemeinde gewinnt Einblick in die Energieverteilung und -nutzung vor Ort.

Auf dieser Informationsgrundlage kann sie prüfen, wie sie für sich die kommunale Daseinsvorsorge versteht und in welchen Bereichen sie sich bei den Themen Energie und Klimaschutz engagieren will.

Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Die Gemeinde sollte sich im Vorfeld bewusst werden, welche Zielsetzungen sie kurz-, mittel- und langfristig verfolgt und in welchen Rollen (Planer, Berater, Vorbild, Motivator, ...) sie aktiv werden will und personell auch werden kann.

7.2 Zusammenfassung des Vortrags

Die Kommunalverwaltungen sind in den letzten Jahren beim Klimaschutz stark gefordert worden. So gilt es, die Erfordernisse aus überörtlichen Planungsprozessen und Vorgaben der Bundes- und Landespolitik zu beachten und andererseits die konkreten Maßnahmen auf der örtlichen Ebene zu koordinieren. Dies erfordert von den Kommunalverwaltungen, dass sie einerseits die Situation in der Gemeinde mit aggregierten Daten beschreiben und andererseits auf räumlich hochauflösende, detaillierte Informationen zugreifen kann. Zudem steigt der Stellenwert der interkommunalen Abstimmung und der Öffentlichkeitsbeteiligung. Je nachdem, auf welcher planerischen Ebene die Kommune gefordert ist, ist festzulegen, mit welcher Datengüte gearbeitet werden soll, d.h. auf einem eher aggregierten oder einem eher detaillierten Niveau.

Um trotz dieser Herausforderungen effektiven Klimaschutz betreiben zu können und zudem weitere Ziele, wie z. B. die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung, verfolgen zu können, gibt es für Kommunen verschiedene Förderinstrumente:

- Der ENP mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.
- Das EK mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
- Das Klimaschutzkonzept (KSK) mit Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.



Abb. 8: Pablo Schindelmann während des Vortrags.

Der grobe Ablauf ist bei allen drei Instrumenten vergleichbar. Nach einer Bestands- und Potenzialanalyse erfolgt eine Konzeptentwicklung, aus der dann Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Dennoch sind im Einzelnen Unterschiede feststellbar. Bei dem ENP ist der Einbezug der Öffentlichkeit im Sinne einer Akteursbeteiligung zwar gewünscht, die Kosten sind allerdings nur in einem begrenzten Rahmen förderfähig. Im Gegensatz dazu ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit bei dem EK und dem KSK ein integraler Bestandteil und wird somit auch stärker gefördert. Eine weitere Besonderheit des EKs ist, dass die Umsetzungsorientierung und der Wunsch, die Umsetzung durch die Akteure voranzubringen, sehr ausgeprägt sind. Bei dem KSK ist zu erwähnen, dass hier auch Daten zu Verkehr und Konsum mit einbezogen werden.

Auch bei den Ergebnissen werden unterschiedliche Akzente gesetzt. Bei dem ENP erhalten Wirtschaftlichkeitsaussagen einen sehr hohen Stellenwert, sodass strategische Entscheidungen zur zukünftigen Energienutzungsplanung getroffen werden können. Ein Hauptziel des EKs ist es, bereits durch die Umsetzung konkreter Projekte die regionale Wertschöpfung zu erhöhen und den ländlichen Raum zu stärken. Bei dem KSK wird zudem eine kommunale CO₂-Bilanz erstellt und ein Monitoring-System aufgebaut, um den Klimaschutz in der Kommune zu verankern.

Tendenziell lässt sich sagen, dass sowohl der ENP als auch das KSK eher auf der strategischen, das EK eher auf der operativen Handlungsebene hilfreich sind. Bei der Wahl des für die Kommune sinnvollsten Instrumentes sollte sie sich im Klaren sein, welche Rolle sie einnehmen will. Will sie eher individuelle Maßnahmen fördern, also z. B. Hausbesitzer informieren, dass sie bestimmte Dinge tun? Oder will sie eher Maßnahmen im Verbund ergreifen und die Energieversorgung und Netzstrukturen in die eigene Hand nehmen? Bei letzterem erhält die räumliche Verortung von Daten einen hohen Stellenwert, die eine Besonderheit des ENPs ist. Hier werden ausgehend von Bestandskarten mit z. B. siedlungsstrukturellen Merkmalen Wärmebedarfsdichtekarten erstellt, die nicht nur den Ist-Zustand, sondern auch Zukunftsszenarien abbilden. Damit werden Karten der Infrastruktur verschnitten und

auch die Potenziale für erneuerbare Energien dargestellt. Auf dieser Grundlage kann auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ermittelt werden, welche Konzepte in welcher räumlichen Konstellation Sinn machen.

Aus unserer Sicht werden die Themen Energiewende und Klimaschutz die Kommunen noch einige Zeit begleiten und es ist daher wichtig, dass kommunale Verwaltungen ihr Wissen in den eigenen Reihen auf- und ausbauen. Wir raten zudem zu einem gewissen Pragmatismus: Legen Sie möglichst zu Beginn fest, was Sie mit dem ENP/EK bezwecken wollen und welche Datengenauigkeit dafür vonnöten ist. Ermitteln Sie dann, wieviel Energie und Arbeitskapazitäten Sie aufbringen können und prüfen Sie, ob damit für Ihre weiteren Überlegungen eine belastbare Grundlage geschaffen wird.

Aus diesem Grund unser Appell: Beschäftigen Sie sich im Vorfeld intensiv mit den Instrumenten und schielen Sie nicht nur auf die Förderung. Es ist ein bewiesenes Beratungsdilemma, dass es unnötig Geld kostet, wenn nicht klar ist, wer den Untersuchungsrahmen absteckt: Die beauftragende Kommune, oder der Auftragnehmer. Es empfiehlt sich daher auch, sich für die Erstellung des Leistungsverzeichnisses externe Unterstützung zu suchen, insbesondere die Fördermittelberatungsstellen mit möglichst detaillierten Fragen zu kontaktieren.

8 Vortrag: Plädoyer für lokale Energienutzungspläne

8.1 Stefan Graf



Bayerischer Gemeindetag
Dreschstraße 8
80805 München

089/360009-23
stefan.graf@bay-gemeindetag.de
www.bay-gemeindetag.de

Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

Planvolle Herangehensweise an das Thema Wärme, das der Schlüssel zur eigentlichen Energiewende ist.

Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Der ENP soll auf konkrete Maßnahmenempfehlungen gerichtet sein und Akteure einbinden.

8.2 Zusammenfassung des Vortrags

Der Bayerische Gemeindetag spricht sich für die Erstellung von ENPs durch die Gemeinden aus. Hier handelt es sich um ein zweckmäßiges informelles Planungsinstrument, um geeignete Maßnahmen zu der Umsetzung der Energiewende zu entwickeln. Der ENP ist besonders für die Vorbereitung von Maßnahmen geeignet, die auf einen größeren räumlichen Bereich zielen und mehrerer Akteure bedürfen. Beispiele sind Nahwärmenetze und energetische Sanierungen von Ortsteilen.

Der ENP sollte bestimmten Standards genügen, um tatsächlich den Gemeinden hilfreich zu sein. Der Bayerische Gemeindetag hat zu diesem Zweck 2012 eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen. Diese hat ein Beispiel für einen guten ENP entwickelt, der in dem Mitgliederbereich des Internetauftritts des Gemeindetags abrufbar ist. Die Arbeitsgemeinschaft nimmt Planungsbüros, Energieagenturen und sonstige Ersteller von ENPs als Mitglieder auf, soweit sie sich an diesem Beispiel orientieren.

Entscheidend aus Sicht des Gemeindetags ist die Maßnahmenorientiertheit des ENPs. Deshalb hat am Ende des Plans eine Maßnahmenempfehlung für die örtlichen Entscheidungsträger zu stehen. Diese setzt neben einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eine Akteursbeteiligung voraus. Zwar umfasst ein guter ENP anders als ein Klimaschutzkonzept keine breite Öffentlichkeitsbeteiligung. Jedoch werden in der Regel Maßnahmen betrachtet, die die Gemeinde nicht in alleiniger Zuständigkeit umsetzen kann. Die frühzeitige Einbeziehung der Betroffenen, z. B. möglicher Anschlussnehmer eines Wärmenetzes, ist damit Teil der Machbarkeitsabschätzung.



Abb. 9: Stefan Graf während des Vortrags.

Die Maßnahmenempfehlung soll auf Basis einer fundierten Betrachtung der energetischen Ausgangssituation erfolgen. Dies setzt eine Erfassung der örtlichen Energieverbräuche und der Erzeugungssituation voraus. Für die Maßnahmen selbst sind sowohl die energetischen Einsparpotenziale, wie auch die örtlichen Erzeugungsmöglichkeiten auf Basis erneuerbarer Energien zu betrachten.

Auch wenn die Maßnahmenempfehlung sich in der Regel auf vor Ort umzusetzende Projekte bezieht, bestehen Möglichkeiten für interkommunale Zusammenarbeit. Insbesondere die Erfassung der Grunddaten (Verbräuche, Erzeugungssituation, Einspar- und Erzeugungspotenziale) lässt sich über eine gemeinsame Beauftragung eines ENPs oftmals effizienter bewerkstelligen.

9 Vortrag: Werkstattbericht Markt Painten

9.1 Willi Dürr



1. Bürgermeister
Markt Painten
Marktplatz 24
93351 Painten

09499/940416
willi.duerr@painten.de
www.painten.de

Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

Dass in der Bürgerschaft über das Thema Energieverbrauch/Energieeffizienz sowie über erneuerbare Energieträger über das ganze Jahr diskutiert wird.

Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Es ist wichtig, dass bei der Datensammlung auch die notwendigen Daten bereitgestellt werden und dass das Vorhaben mit entsprechenden Informationen begleitet wird.

9.2 Zusammenfassung des Vortrags

Ausgangssituation und erste Schritte

Der Markt Painten liegt in dem niederbayerischen Landkreis Kelheim. Er zählt knapp 2.200 Einwohner und hat eine Fläche von etwa 37 km².

Auf einer Informationsveranstaltung der Bayernwerke (früher E.ON Bayern AG) ist der Markt Painten zum ersten Mal auf die Förderung von ENPs aufmerksam geworden. Danach erfolgte die kritische Hinterfragung, ob diese auch für kleinere Gemeinden gefördert werden und ob man überhaupt einen ENP braucht, um entsprechend agieren und reagieren zu können. Somit wurde ein erster Kontakt mit der Regierung/Förderstelle aufgenommen und danach die Ausschreibung mit mindestens drei Anbietern für die Konzepterstellung vorbereitet. Bei Bürgermeistergesprächen des Bayerischen Gemeindetages auf Kreisebene konnten weitere Informationen eingeholt werden. Die Antragsstellung verlief relativ unkompliziert und ist auf kurzem Wege gelungen.

Erstellung des ENPs

Nach Zusage der Förderung ist der ENP ebenfalls unkompliziert und zügig durch das Institut für Energietechnik (IfE) an der Hochschule Amberg-Weiden unter der Leitung von Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch erstellt worden. Im Rahmen dessen wurde die Energieverbrauchsstruktur im Marktgebiet ausgehend von einer umfangreichen Bestandsanalyse in den folgenden Verbrauchergruppen ermittelt:

- Private Haushalte und Kleingewerbe
- Kommunale Liegenschaften
- Industrie und Großgewerbe

Folgende Fragestellungen wurden dabei unter anderem behandelt:

- Wie gelangt man an die Daten, vor allem im gewerblichen Bereich?
- Welchen Energieverbrauch haben die Betriebe und welche Energieformen nutzen Sie derzeit?
- Welche Brennstoffe/Energieformen werden in den Haushalten eingesetzt?

Die Mitarbeiter des IfE waren für Befragungen und Gespräche vor Ort. Es wurden Abfragen mit Fragebögen sowie auch persönliche Gespräche auf freiwilliger Basis durchgeführt. Auch die Energieversorger wurden abgefragt.

Probleme gab es bei der Abfrage von Daten bei den Kaminkehrern, da diese sich weigerten, Daten zu liefern – auch nicht nach dem Angebot einer Bezahlung für die Lieferung der Daten. Hier ist meiner Meinung nach für die Zukunft über die amtlichen Stellen darauf hinzuwirken, dass die Kaminkehrer diese Daten liefern sollten.

Grundlagen für die Energiewende

Die Rahmenbedingungen für den Klimaschutz sind derzeit sehr günstig. Durch den bereits fortgeschrittenen Ausbau sind die Techniken im Bereich der erneuerbaren Energien ausgereift und bereits

vielfach bewährt. Die erneuerbaren Energien können in der zukünftigen Energieversorgung eine tragende Rolle spielen und dazu beitragen, regionale Klimaschutzziele zu erreichen.

Die Auswahl geeigneter Standorte ist jedoch ein sensibles Thema, wofür eine allgemeine Akzeptanz der Bevölkerung als Voraussetzung vorhanden sein sollte.

Durch die natürlichen Gegebenheiten in der Region bieten sich eine Vielzahl von Möglichkeiten in den Bereichen der Biomasse-, Solar- und Windenergienutzung an, um die erheblichen Potenziale auch aktiv zu nutzen. Auch durch Effizienzsteigerungs- und Einsparmaßnahmen bei der Wärmedämmung könnte der CO₂-Ausstoß in Summe um etwa 3.400 t im Jahr reduziert werden.

Als wichtigste Grundlage wird die Festlegung von konkreten Zielen für den Ausbau erneuerbarer Energien und den Klimaschutz in Painten gesehen. Der Markt ist demnach gefragt, ehrgeizige, aber realistische Ziele im Klimaschutz auszuweisen und diese aktiv anzugehen. Er spielt im Klimaschutz eine entscheidende Vorreiterrolle und sollte deshalb auch eine Vorbildfunktion bei der Umsetzung einnehmen. Das Ziel sollte sein, mit Musterbeispielen (z. B. Demonstrationsvorhaben, Modellsanierungen kommunaler Liegenschaften, größte Effizienz elektrischer Antriebe und Beleuchtung) den privaten Haushalten und Betrieben voranzugehen und diesen zu zeigen, dass Klimaschutz wirklich funktioniert. Zugleich wurde als unterstützende Maßnahme die Beratung der Bürgerschaft zur Energieeinsparung gefördert. Der Markt kann also auch eine Basis für den Einstieg der Bürger in die Nutzung erneuerbarer Energien sein (z. B. Bürgerwindkraftanlage etc.), sowie weitere Initiativen ins Leben rufen (z. B. Förderung von Altbausanierungen) und Anreize schaffen. Durch die Möglichkeit von finanziellen Beteiligungen der Bürger und regionaler Betriebe an gemeinschaftlichen Betreiberanlagen (Wind, Photovoltaik) bzw. den Einsatz regionaler Rohstoffe und Energieträger werden die regionale Wertschöpfung erheblich gestärkt und Arbeitsplätze gesichert.



Abb. 10: Willi Dürr während des Vortrags.

Ergebnisse der Analysen

Durch den ausgearbeiteten Wärmekataster für den gesamten Kernort wurden die thermischen Verbrauchsschwerpunkte ausgemacht und somit die Grundlage für den Aufbau einer Fernwärmeversorgung geschaffen.

Ein Fazit aus der Analyse ist, dass der Energieverbrauch des Marktes geprägt ist durch Industrieunternehmen. Außerdem wurden der Primärenergieumsatz und der CO₂-Ausstoß im Ist-Zustand für die kommunalen Liegenschaften berechnet. Insgesamt werden derzeit jährlich rund 660.000 kWh Endenergie in dieser Verbrauchergruppe verbraucht, die sich in rund 301.000 kWh thermische Energie und rund 359.000 kWh elektrische Energie aufteilen. Basierend auf den witterungsbereinigten Verbräuchen für thermische und elektrische Energie ergibt sich ein Primärenergieumsatz von 910.500 kWh im Jahr, wodurch insgesamt ein Ausstoß von rund 225 t CO₂ pro Jahr resultiert.

In Anbetracht der Gegenüberstellung aus der derzeitigen Situationsanalyse und den aufgezeigten Potenzialen kann eine Versorgung mit erneuerbaren Energien im elektrischen Bereich zu rund 700 % erfolgen.

Die Maßnahmen im Bereich der umfassenden Gebäudesanierungen werden demgegenüber als schwieriger in der Umsetzung gesehen. Da sich bei der Betrachtung der Wirtschaftlichkeit teils lange Amortisierungszeiträume der Gebäudesanierung ergeben, ist hierbei im Altbau meist eine generationenübergreifende Planung und Weitsicht erforderlich.

Als eine bereits umgesetzte Maßnahme kann die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten/Licht genannt werden. Die Investition amortisiert sich nach rund fünf bis sechs Jahren.

Windpark

Im Paintner Forst wird ein Windpark von der Firma Ostwind mit 13 Windrädern geplant. Die Bürger sollen sich im Rahmen einer GmbH beteiligen können.

Die Zonierung für den Windpark läuft bereits und hat Änderungen bei den Standorten ergeben. Dazu wurde ein Teilflächennutzungsplan über die Landkreis- bzw. Bezirksgrenzen hinaus (Landkreis Regensburg/Landkreis Kelheim bzw. Oberpfalz/Niederbayern) sowie eine Landschaftsschutzgebietserweiterung in den Frauenforst auf den Weg gebracht. Die Abstandsflächen zur Wohnbebauung sollen mindestens 1.200 m betragen.

Allerdings ist durch die derzeitige Verunsicherung der Politik über die Abstandsflächen zur Wohnbebauung sowie die Einspeisevergütung eine relativ große Unsicherheit entstanden, die eine Umsetzung verzögert. Auch wird dadurch die Energiewende in Bayern nach Meinung von Willi Dürr ausgesetzt.

Klimaschutzkonzept Landkreis Kelheim

Der Markt Painten unterstützt das Klimaschutzkonzept auf Landkreisebene, um die gesetzten Ziele erreichen zu können. Diese sind unter anderem:

- 35 % der Dachflächen nutzen für Sonnenenergie (derzeit 944.000 m², Steigerung auf 1,9 Millionen m²)
- Windkraft im Landkreis ausbauen (derzeit drei Anlagen, Steigerung auf 29 Anlagen; große Anlagen mit 3 MW und einer Höhe bis 140 m)
- Energiegenossenschaften gründen (fünf Bürgerwindräder mit regionalem Kapitalanteil)
- Stromverbrauch um 20 % reduzieren

Fazit

Energieeinsparung ist eine dauernde Aufgabe, die die Kommunen auf der Agenda haben müssen. Hier ist die Bevölkerung immer wieder in entsprechenden Zeitabständen zu informieren (gemeindliches Infoblatt/überörtliche Presse).

10 Vortrag: Werkstattbericht Gemeinde St. Oswald-Riedlhütte

10.1 Helmut Vogl



1. Bürgermeister
Gemeinde St. Oswald-Riedlhütte
Lusenstr. 2
94568 St. Oswald

08552 9611-22
helmut.vogl@sankt-oswald-riedlhuette.de
www.sankt-oswald-riedlhuette.de

Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

Senkung der Energiekosten; Beitrag zum Umweltschutz; Beitrag der Kommune zur Umstellung auf erneuerbare Energien; Schärfung des Energiebewusstseins bei der Bevölkerung; Nutzung lokaler Potenziale

Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Das größte Energieeinsparpotenzial ist natürlich nicht in den kommunalen Liegenschaften, sondern im privaten Bereich gegeben. Es ist daher sehr wichtig, die Bevölkerung frühzeitig in das gesamte Konzept miteinzubeziehen und aktive Aufklärungsarbeit in Sachen Energieeinsparung zu betreiben.

10.2 Zusammenfassung des Vortrags

Die Gemeinde St. Oswald-Riedlhütte befindet sich am Rande des Nationalparks Bayerischer Wald in dem niederbayerischen Landkreis Freyung-Grafenau. Bei einer Einwohnerzahl von ca. 3.000 hat sie eine Gesamtfläche von 40 km². Als eine der letzten Gemeinden konnte sich St. Oswald-Riedlhütte die Teilnahme an dem Förderprogramm „100 Energieneutrale Kommunen“ des Amtes für Ländliche Entwicklung sichern.

Mit der Erstellung des EKs wurde die Firma Veit aus Waldkirchen beauftragt. Als Ziel hat sich die Gemeinde Folgendes vorgenommen: „Der effiziente Umgang mit Energie soll zur Normalität in Kommunen, Unternehmen und Haushalten werden.“

Damit möchte die Gemeinde die Energiekosten kommunaler Liegenschaften senken, einen Beitrag zum Umweltschutz sowie den kommunalen Beitrag zur Umstellung auf erneuerbare Energien leisten. Das Energiebewusstsein der Bevölkerung soll durch die Öffentlichkeitsbeteiligung geschärft werden. Zudem sollen die lokalen Potenziale, bei uns vorwiegend die Wasserkraft, genutzt und ausgeschöpft werden.

Die Erstellung des EKs basiert auf drei Säulen. Derzeit befindet sich die Gemeinde in der Anfangsphase, der **Bestandsanalyse des energetischen Ist-Zustands** (erste Säule). Dabei wurden sämtliche kommunale Liegenschaften untersucht und erfasst (Baujahr, Sanierungen, Bauzustand usw.).

Das Dach des im Jahre 1928 erbauten Rathauses wird gerade energetisch saniert. Die Turnhalle der Paul-Friedl-Mittelschule wurde in den Jahren 2009/2010 im Rahmen der Förderung von Maßnahmen zur energetischen Modernisierung der Infrastruktur – Konjunkturpaket II mit einem Fördersatz in Höhe von 87,5 % energetisch saniert. Die zwei weiteren Säulen sind **Energieeinsparungs- und Energieeffizienzpotenziale** und als letztes die **Nutzung erneuerbarer Energien**.

Als nutzbare erneuerbare Energien in unserer Gemeinde kommen vor allem Photovoltaik (PV), Wasserkraft und Biomasse (Heizwerk) in Betracht, so das Büro Veit.

Photovoltaik

Gemeindliche Photovoltaikanlagen befinden sich seit 2010 auf dem alten Bauhof, dem neuen Bauhof und dem Feuerwehrhaus Höhenbrunn.

Die installierten Photovoltaikanlagen haben folgenden jährlichen Ertrag:

- Alter Bauhof St. Oswald: 26,40 kWp
- Bauhof St. Oswald 21,40 kWp
- Feuerwehrhaus Höhenbrunn 9,36 kWp

Im Rahmen des EKs werden nun andere mögliche Installationsorte geprüft, beispielsweise das Rathaus, das neue Feuerwehrhaus Riedlhütte-Reichenberg und die Mittelschule in Riedlhütte.

Biomasse: Heizwerk und Nahwärme

Ein privater Investor plant auf dem ehemaligen Gelände der Firma Nachtmann die Errichtung eines Nahwärmewerkes. Das Heizwerk soll zur Versorgung des angrenzenden Industrie- und Gewerbegebiets, eventuell der Mittelschule, des Kindergartens und des neuen Feuerwehrhauses sowie privater Haushalte dienen.

Derzeit wird im Rahmen des EKs geprüft, ob der Anschluss von Schule und Kindergarten rentabel wäre, wenn man bedenkt, dass man mit Anschlusskosten von 20.000 € (Schule) bzw. 15.000 € (Kindergarten) rechnen muss und ein Wärmelieferungsvertrag verbindlich für 20 Jahre abgeschlossen werden muss.



Abb. 11: Helmut Vogl während des Vortrags.

Wasserkraft

Die Potenziale der Wasserkraft in Deutschland sind weitgehend erschlossen. Somit sollte der Handlungsschwerpunkt in der Modernisierung und Reaktivierung bestehender Anlagen liegen.

Durch das Gemeindegebiet verläuft die Große Ohe, ein Gewässer dritter Ordnung, an dem im Gemeindebereich zwei private Wasserkraftwerke liegen.

Das Wasserkraftwerk Wandtner wurde in den 50er Jahren von der Familie Wandtner erbaut und in Betrieb genommen. Der erzeugte Strom wurde zu einem Teil in das öffentliche Stromnetz eingespeist und zum anderen in den angrenzenden Wohn- und Gewerbeimmobilien verbraucht.

Seit 2010 steht die Anlage still, da die Turbinenanlage defekt ist und nur mit einem erheblichen Kostenaufwand repariert werden könnte. Die Familie Wandtner trägt sich nun mit dem Gedanken, die Anlage aufzulassen und zu renaturieren. Das Wasserrecht besteht noch bis in das Jahr 2024. Nun beabsichtigt die Gemeinde die Ablösung des Wasserrechts und die Errichtung einer neuen Turbinenanlage zur Stromgewinnung.

Zur Verwirklichung des Projekts stehen zwei Varianten zur Auswahl:

- Bau einer Kaplan-Turbine: Die Kaplan-Turbine ist eine axial angeströmte Wasserturbine mit verstellbarem Laufrad, welches einem Schiffspropeller gleicht, dessen Flügel verstellbar sind.
- Bau einer Schneckenturbine: Die Schnecke, die mit einer riesigen Schraube vergleichbar ist, wird schräg, in Wasserfließrichtung nach unten gerichtet, an einem Wehr eingebracht. Das Wasser versetzt dann, während es sich in einer Kammer zwischen den Gewindegängen hinunterbewegt, die Schnecke in eine Drehbewegung. Um die Reibungs- und Impulsverluste bei der Energieumwandlung gering zu halten, dreht sich die Schnecke verhältnismäßig langsam (20 bis 60 Umdrehungen pro Minute).

Die Investitionskosten betragen für den Bau einer Kaplan-Turbine insgesamt 240.000 €, dagegen stehen die Gesamtkosten für die Schneckenturbine von 135.000 €. Die Amortisierung der Variante Kaplan ist mit 27,1 Jahren deutlich länger als die der Schneckenturbine von 20 Jahren. Angestrebt ist eine Amortisierungszeit von unter 15 Jahren. Dies ist nur erreichbar durch die Aktivierung von Fördergeldern und der Nutzung des erzeugten Stroms.

Die rechtlichen Aspekte der Wasserkraftanlage sind natürlich auch zu berücksichtigen. Die wasserrechtliche Genehmigung läuft im Jahr 2024 aus, sodass frühzeitig mit dem WWA Deggendorf, dem LRA Freyung-Grafenau, den Naturschutzbehörden und den Fachstellen für Fischerei Kontakt aufgenommen werden muss, damit in dieser Hinsicht keine Hindernisse entgegenstehen.

Nächste Schritte

Die nächsten Schritte sind die Vorstellung der aktuellen Ergebnisse des EKs, vor allem auch vor der Bürgerschaft. Es ist wichtig, Anreize zu schaffen, damit die Bürger mitmachen. In der Zukunft soll auch die Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt werden, um Strom zu sparen.

11 Ergebnisse der Thementische

Als Kern der Veranstaltung diskutierten die Teilnehmenden in Kleingruppen offene Fragen zum jeweiligen Thema an den vier sogenannten Thementischen.

Diese wurden jeweils von einem (fachlich versierten) Gesprächsleiter moderiert und von einer (fachlich neutralen) Assistenz für alle sichtbar an einer Pinnwand dokumentiert. Um ein Gespräch „auf Augenhöhe“ zu fördern, saßen zudem an jedem Thementisch ein oder mehrere „Impulsgeber“, also zu meist kommunale Vertreter, die bereits Erfahrungen mit dem ENP oder dem EK gesammelt hatten und diese im Laufe des Gespräches mit den anderen Teilnehmenden teilten.

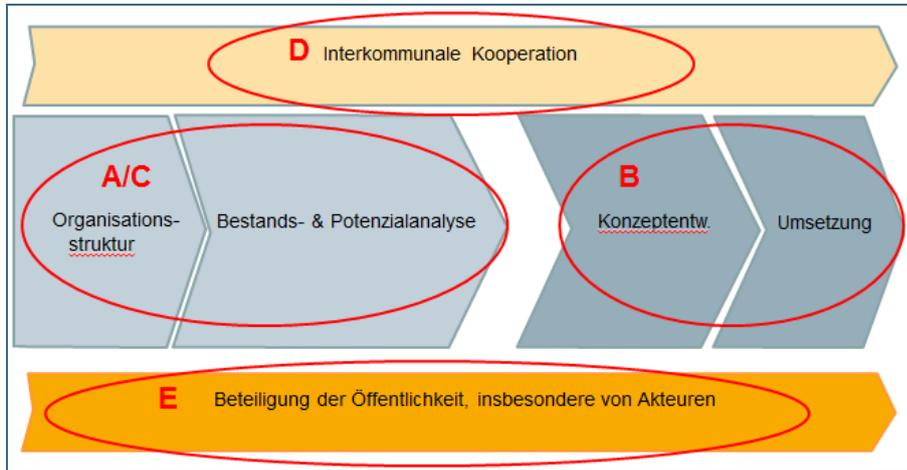


Abb. 12: Übersicht des Ablaufs eines ENPs/EKs und die daran angelegte Themenwahl für die Thementische.

Die Themen der vier Thementische wurden dem groben Ablauf des ENPs und EKs nachempfunden (Abb. 12). Jeder Teilnehmende nahm im Laufe des Tages an jedem Thementisch teil – jedoch in unterschiedlicher Reihenfolge. Die Teilnehmenden konnten durch dieses interaktive Format mit immer wieder anderen Personen ins Gespräch kommen, diskutieren, nachfragen und Erfahrungen austauschen. Zur Diskussionsanregung konnten die Teilnehmenden zu Beginn der Gesprächsrunden Kommentare zu einigen vom Gesprächsleiter vorgestellten Thesen geben.

Nach den vier Diskussionsrunden wurden am Nachmittag die prägnantesten Diskussionsergebnisse von den Gesprächsleitern und Assistenten zusammengefasst und im Plenum vorgestellt.

Im nachfolgenden Kapitel sind Eindrücke, Erfahrungen, Fragen und Antworten der jeweils ca. 40-minütigen Diskussionsrunden dokumentiert. Es handelt sich daher um einzelne Äußerungen der teilnehmenden kommunalen Vertreter oder Experten. Übereinstimmende Aussagen sind als Konsens herausgestellt.

11.1 Thementisch A/C: Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern

Impulsgeber:

- Anna Marquardt, Technologie Campus Freyung
- Klaus Wagner, Kämmerer, Gemeinde Fürstenstein

Moderation:

- Oliver Zadow, TU München

Dokumentation:

- Sonja Epple, citycom-münchen

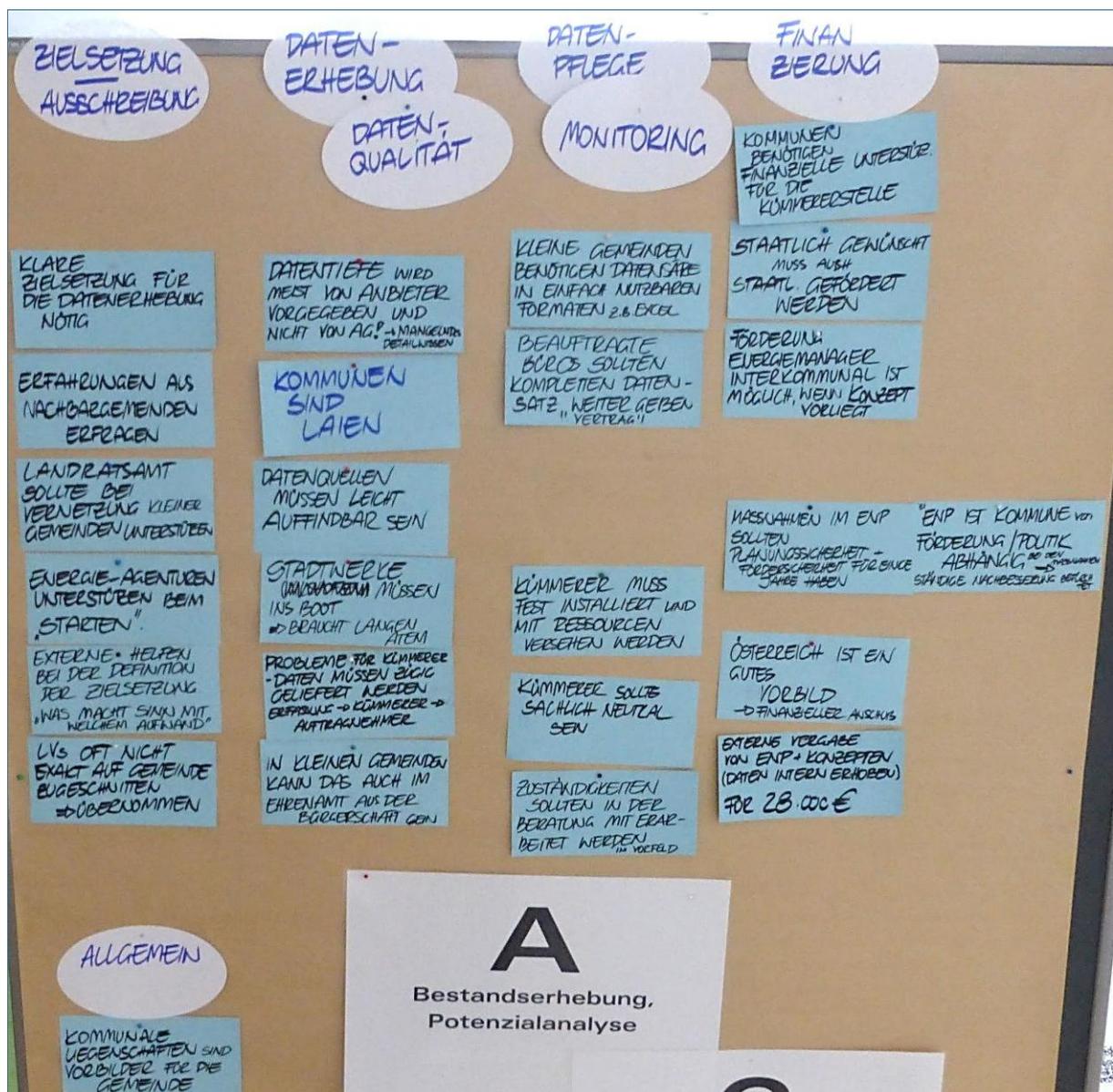


Abb. 13: Thementisch A/C: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

Kommentare zu den Thesen

These 1: Gemeinden benötigen die gleichen Daten/-quellen – nur sind diese oft nicht ausreichend bekannt oder sie unterliegen dem Datenschutz.

Die Aussage konnte weitgehend bestätigt werden. Es ist zwar von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich, wie gut der Zugang zu den erforderlichen Daten ist, die Gemeindevertreter waren sich aber darüber einig, dass es in Zukunft eher schwieriger sein wird, diese Daten zu erhalten. Datenschutz und die Furcht, exklusives Wissen weiter zu geben, machen eine Zusammenarbeit mit z. B. Schornsteinfegern schwierig. Natürlich können Verbrauchsdaten ebenso über Umfragen erhoben werden. Das kostet aber zusätzlichen Aufwand bei meist geringem Rücklauf. Als bessere Alternative wurde von manchen Teilnehmern gesehen, dass ein Team vor Ort von Haus zu Haus geht und Daten erfragt und/oder aufnimmt.

These 2: Der Zusammenhang zwischen Aufwand zur Datenerfassung, resultierendem Informationsgewinn und dem konkreten Mehrwert der Konzepte für die kommunale Planung ist oft nicht hinreichend bekannt.

In welchem Umfang Daten erhoben werden sollten, war den Gemeinden oft nicht klar. Die Detailtiefe wurde daher meist den beauftragten Büros überlassen. Es fehlt den Kommunen an einer strukturierten Vorlage, anhand derer sie den Datenbedarf für die von ihnen definierten Ziele besser einschätzen können.

Das Ziel eines ENPs/EKs sollte im Vorfeld klar definiert sein. Hier sollte nach Aussage der anwesenden Experten vor allen Dingen auch die Wirtschaftlichkeit potenzieller Maßnahmen geprüft werden. Zum Teil wurden Ausschreibungstexte von anderen Kommunen übernommen, die jedoch nicht immer auf die eigene Gemeinde passten. Mögliche Anregungen für Projekte zur Umsetzung eines Konzeptes können auch durch den Vergleich von Referenzobjekten (evtl. auch interkommunal) gewonnen werden.

These 3: Der ENP muss vom Schubladenhüter zum stetig fortgeführten Monitoring-Instrument und Referenzdokument werden.

Der Tenor kleinerer Gemeinden war, dass sie es sich meist nicht leisten können, eine Person („Kümmerer“) mit den Aufgaben des Monitorings zu betrauen. Für eine solche Stelle benötigt es entsprechendes technisches Know-how. Der Zeitaufwand ist nicht zu unterschätzen und kann meist nicht zusätzlich zum Alltagsgeschäft übernommen werden. In größeren Gemeinden wurde die Rolle des Kümmerers zum Teil vom Klimaschutzmanager mit übernommen.

Wichtig für alle Kommunen war, dass die extern erarbeiteten Datensätze aus dem ENP digital übergeben und fortgeschrieben werden können. Ein Excel- oder open-source-basiertes Datenprogramm (z. B. Q-GIS) ist vorteilhaft und könnte auch in kleinen Kommunen weiter gepflegt werden. Dies ist bereits bei der Ausschreibung zur Erstellung eines ENPs mit zu beachten.

Thema: Zielsetzung und Ausschreibung

Für eine optimale Datenerhebung ist eine klare Zielsetzung, wofür die Daten benötigt werden, unbedingt erforderlich. Erfahrungen aus Nachbargemeinden können zwar hilfreich sein als Orientierung, sind aber nicht komplett übertragbar. Dies gilt insbesondere bei Ausschreibungsunterlagen anderer Gemeinden. Die Erfahrung der anwesenden Experten zeigte: Je genauer die Ziele definiert werden können, desto detaillierter kann eine Ausschreibung erfolgen und desto vergleichbarer sind letztlich die Angebote der Berater.

Manche Kommunen wünschen sich eine Starthilfe beim ENP. Hier gab es den Tipp, sich entweder an die Energieagenturen in Bayern oder an Ingenieurbüros zu wenden. In diesem Zusammenhang lohnte es sich meistens, bei Kollegen nach deren Erfahrungen zu fragen. Kleinere Kommunen wünschten

sich darüber hinaus für eine interkommunale Zusammenarbeit die Unterstützung durch die Landratsämter.

Thema: Datenerhebung und Datenqualitäten

Alle anwesenden Kommunen verließen sich bei der Datentiefe auf die Vorgaben oder Empfehlungen ihrer Anbieter. Meist war den Kommunen im Vorfeld nicht klar, wo Daten zu finden bzw. welche Daten überhaupt nötig seien. Eine entsprechende Auflistung würde sehr helfen. Sie sollte leicht auffindbar und in einfacher und übersichtlicher Form bereitgestellt werden (siehe Thema: Allgemein verfügbare Daten).

Aus zwei Kommunen wurde berichtet, dass sich die frühzeitige Einbindung der Stadt- bzw. Gemeindegewerke, Schornsteinfeger und Heizungsbauer gelohnt habe. Das bedeutete z.T. große Überzeugungsarbeit und benötigte „langen Atem“, dennoch konnte eine gute Zusammenarbeit erwirkt werden, was gerade bei der Datenerhebung von großem Vorteil war.

Thema: Allgemein verfügbare Daten

Nicht alle Daten müssen mühsam neu ermittelt werden. Es gibt verschiedene Quellen, die die Gemeinden nutzen können. Beispiele sind Energymap.info, der Energie-Atlas Bayern⁴, der Windatlas Bayern⁵ sowie Daten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und des Staatlichen Vermessungsamtes. Auch die Datenschutzbeauftragten in den Landratsämtern können Hilfestellung geben, wie Kommunen leichter an Daten gelangen. Ab 2014 wird der „Datenpool ENP“ in dem Energie-Atlas Bayern zu finden sein. Dieses Projekt wird in Zusammenarbeit mit ENERGIE INNOVATIV an der Technischen Universität München bearbeitet. Ziel ist es, einheitliche Standards der Datenerhebung und Datenverwendung für die Bestands- und Potenzialanalyse zu erarbeiten. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes fließen in die Entwicklung einer interaktiven Internetplattform ein, die mit dem Energie-Atlas Bayern verlinkt sein wird. In einem ersten Schritt soll die effiziente Auffindung und Organisation von Datengrundlagen für die kommunale Energieplanung und eine Hilfestellung bei der Ausschreibung von Energienutzungsplanungen ermöglicht werden. In einem zweiten Schritt werden ein standardisiertes Datenpaket ENP und erste Softwarewerkzeuge für die Bestands- und Potenzialanalyse für Planer entwickelt.

Thema: Datenpflege und Monitoring

Die für einen ENP erhobenen Daten sollten den Kommunen so zur Verfügung gestellt werden, dass sie diese in ihr Datensystem einfach einspeisen und fortführen können. Das heißt, dass das Datenformat, mit dem die Kommune arbeitet, bereits im Vorfeld vorgegeben werden sollte und sich die Ingenieurbüros daran halten müssen. Die Daten sollten möglichst georeferenziert sein. Auch war es aus Erfahrung der anwesenden Experten oft sinnvoll, sich bereits im Vorfeld zu überlegen, wer das Monitoring zukünftig übernehmen soll und diese Person möglichst frühzeitig mit einzubinden.

Thema: Kümmerer und Energiemanager

Jede Kommune benötigt einen Kümmerer, der als Ansprechpartner und als Verantwortlicher für alle Belange in allen Phasen der Energienutzungsplanung und für das Monitoring zuständig ist. Das könnte in kleinen Gemeinden auch im Ehrenamt geschehen. Wichtig ist die fachliche Qualifikation für das Amt. Es lohnt sich, eine sachlich neutrale Person auszuwählen, die nicht in Verdacht der Vorteilsnahme oder politischer Gefälligkeiten steht.

⁴ www.energieatlas.bayern.de/

⁵ www.energieatlas.bayern.de/kommunen/gebietskulisse.html und www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/Web-Dateien/Dokumente/energie-und-rohstoffe/Bayerischer_Windatlas.pdf

Thema: Förderung

Kleine Kommunen können sich einen Kümmerer nicht leisten. Die Teilnehmer wünschen sich eine staatliche Unterstützung für diese Aufgaben. Zwar ist die Förderung eines interkommunalen Energiemanagers schon jetzt möglich, dazu muss aber bereits ein ausgearbeitetes EK vorliegen. Der Bedarf für einen Kümmerer besteht aber bereits bei der Befassung mit dem neuen Thema, wenn Basisarbeit durchgeführt werden muss, damit ein ENP möglichst zielorientiert erstellt werden kann.

Von Kommunen wurde bemängelt, dass die in dem ENP festgelegten Maßnahmen keine ausreichend lange Planungssicherheit gewährleisten und dass die Vorgaben und Förderpolitik des Staates sich häufig ändern (Beispiel Windenergie). Das bedeutet für die Kommunen Nachbesserungen und Anpassungen ihrer Maßnahmen an die jeweilige Förderwürdigkeit. Österreich wurde in Punkto Förderung als gutes Vorbild benannt.

11.2 Thementisch B: Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen

Impulsgeber:

- Josef Pauli, Technologie Campus Freyung
- Wolfgang Zirngibl, 1. Bürgermeister, Gemeinde Ascha

Moderation:

- Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch, Institut für Energietechnik IfE an der Hochschule Amberg-Weiden

Dokumentation:

- Sven Siebert, citycom-münchen

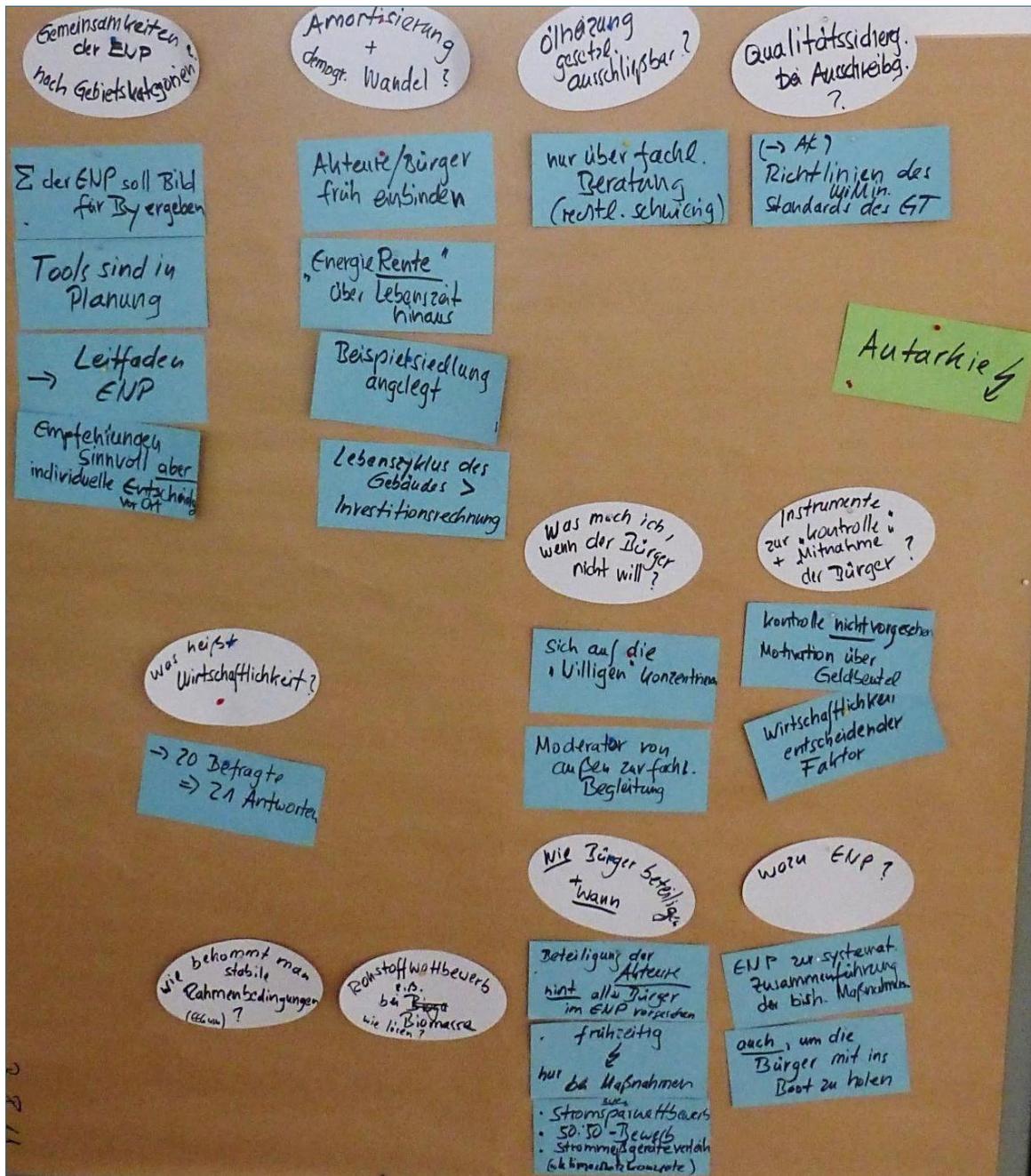


Abb. 14: Thementisch B: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

Kommentare zu den Thesen

These 1: Jede Kommune hat schon laufende Umsetzungsprojekte – mindestens im Ideenstadium. Auch für diese sollte untersucht werden, wie Mehrwert geschaffen werden kann.

Der Mehrwert aus früheren Einzelmaßnahmen wird in der gezielten Zusammenführung von möglichen Kooperationspartnern gesehen (Beispiel: Erweiterung einer bestehenden Biogasanlage und Energiebedarf des örtlichen Hallenbades).

These 2: Die vorgeschlagenen möglichen Maßnahmen dürfen nicht nur Allgemeinaussagen sein. Vielmehr sollte jeweils eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung inkl. Prüfung möglicher Förderungen gemacht werden.

Die Teilnehmenden und Experten waren sich einig, dass eine möglichst konkrete Beschreibung sowie Wirtschaftlichkeitsbetrachtung potenzieller Maßnahmen entscheidenden Anteil an der späteren Umsetzung und Förderung haben. Allerdings wird nicht jede „auf dem Papier“ sinnvolle Maßnahme wirtschaftlich realisierbar sein. Da solche Berechnungen immer eine Momentaufnahme darstellen, sollten auch zukünftige Kostenentwicklungen bzw. Preissensitivitäten im Auge behalten werden.

Grundsätzlich wird das Primat der Wirtschaftlichkeit in den Gemeinden kritisch gesehen. Die Energiewende wurde unter Klimaschutzgesichtspunkten initiiert. Themen wie CO₂-Minderung, Rohstoffknappheiten und regionale Wertschöpfung sollten gleichberechtigt in die Entscheidungen einbezogen werden.

These 3: Die Rentabilität bestehender und neu zu schaffender Infrastruktur wird oft nicht berücksichtigt. Durch die räumliche Verortung denkbarer Maßnahmen kann aufgezeigt werden, wo „Konkurrenzen“ in der Infrastruktur entstehen könnten.

Vor allem in Bezug auf die räumliche Verortung wird auf den enormen Unterschied zwischen Landkreis- und Gemeindebetrachtung hingewiesen: So werden landkreisweit die überregionalen Themen wie Strom aus erneuerbaren Energien behandelt. In den Gemeindeprojekten geht es mehr um Wärmekonzepte sowie Sanierung. Auch kann der ENP nur der erste Schritt für eine Energieinfrastruktur im Sinne der Energiewende sein.

Nach Aussage des Impulsgebers gelten die drei Thesen in abgewandelter Form als Grundlage für die Vergabe von Fördermitteln.

Thema: Vorteile eines ENPs und allgemeine Hilfestellungen

Der ENP dient unter anderem der systematischen Zusammenführung der bisherigen, energiebezogenen Einzelmaßnahmen. Er kann zudem eine gute Möglichkeit darstellen, die Bürger mit „ins Boot“ zu holen. Letztlich könnten die einzelnen ENPs ein flächendeckendes Bild von ganz Bayern ergeben.

Als Hilfestellung gibt es bereits den bekannten „Leitfaden Energienutzungsplan“⁶ des Bayerischen Wirtschafts-, Umwelt- und Innenministeriums, der ein typisches Vorgehen illustriert. Weitere „Werkzeuge“ sind in Vorbereitung, um Hilfestellungen bei der Datenerhebung und -verwendung für unterschiedliche Gebietstypen (Einzelhaus-, Geschossbebauung usw.) bzw. Gemeindegroßen zu geben (siehe Kapitel 11.1, Thema: Allgemein verfügbare Daten).

Der Ruf nach Standardisierung von ENPs und einer regelmäßigen Evaluation des Vorgehens bei ihrer Erstellung war weit verbreitet. Die Impulsgeber und der Gesprächsleiter waren sich jedoch einig, dass Empfehlungen sinnvoll sind, aber die individuelle Entscheidung vor Ort verbleiben sollte. Um aber schon bei der Ausschreibung die Qualität des ENPs zu sichern, lohnt es, so der Gesprächsleiter, sich

⁶ [http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC\(BILDxKEY:stmug_klima_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF\)=Z](http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC(BILDxKEY:stmug_klima_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF)=Z) (09.10.2013)

an den bestehenden Richtlinien des Bayerischen Wirtschaftsministeriums⁷ bzw. an entsprechenden Standards des Gemeindetages (siehe Kapitel 8.2) zu orientieren.

Thema: Was heißt Wirtschaftlichkeit?

Die ironische Bemerkung eines Teilnehmers, „Frage 20 Personen und du erhältst 21 verschiedene Antworten“ verdeutlichte die Problematik der Wirtschaftlichkeitsberechnung von Zukunftsprojekten. Die Diskussion zog sich durch alle Fragen und ist in der Reaktion auf These 2 zusammengefasst. Die Wertentscheidung, was als wirtschaftlich tragbar akzeptiert wird, können nur die verantwortlichen Akteure vor Ort treffen.

Von einem Teilnehmer wurde die Frage gestellt, ob Instrumente existieren, um die Umsetzung geförderter Energiesparmaßnahmen durch die Bürger zu überprüfen. Eine Kontrolle von Energiespar- und verwandter Maßnahmen ist nicht hier vorgesehen. Eine Motivation zur bestmöglichen Umsetzung geschieht häufig über den „Geldbeutel“, da Wirtschaftlichkeit in der Regel als entscheidender Faktor angesehen wird.

Thema: Amortisierungszeiträume von Investitionen

Es besteht vor Ort vielfach die Problematik, dass die zum Teil langen Amortisierungszeiträume die Hausbesitzer davon abhalten, zu investieren („Lohnt sich das für mich denn wirklich? Was ist in 20 Jahren?“). Ein Ansatz, um diesem Problem zu begegnen, kann nach Meinung eines Teilnehmers die Verdeutlichung einer „Energierente“ über die eigene Lebenszeit hinaus sein: Die Rente bekommt man ja auch erst in x Jahren und man zahlt schon jetzt dafür ein.

Thema: Beteiligung der Öffentlichkeit

Nach der Empfindung vieler Teilnehmer ist die Beteiligungsfrage für die Erstellung eines ENPs nicht genau definiert. Dies wurde jedoch am Nachmittag von Herrn Dr. Wunsch erläutert: Die Beteiligung von Akteuren, also z. B. einzelner Vertreter von Interessensverbänden, wird gefördert, nicht jedoch die Einbindung aller Bürger. Die Meinungen unter den Teilnehmern und Experten gingen weit auseinander, von „möglichst frühzeitiger Einbindung“ bis „nur für konkrete Maßnahmen“. Vereinzelt wird unter Beteiligung auch die bloße Beteiligung bei Klimaschutzkonzeptmaßnahmen wie z. B. Stromsparwettbewerb oder Messgeräteverleih verstanden. In einer Gemeinde wird darüber nachgedacht, zum Zwecke der Motivierung der Bürger eine energetische Mustersiedlung anzulegen.

Manche Teilnehmer stellten sich die Frage, wie mit dem Desinteresse vieler Bürger umgegangen werden sollte. Eine erfolgreiche Strategie, so der Tipp, ist es, sich auf die sogenannten „Willigen“ zu konzentrieren und keine Kraft auf die Überzeugung von „Totalverweigerern“ zu vergeuden. Bei konkreten Konflikten kann sich auch ein externer Moderator zur fachlichen Begleitung lohnen.

Thema: Nah- und Fernwärme

Nah- und Fernwärmenetze machen häufig nur wirtschaftlich Sinn, wenn sich alle Anlieger an einem solchen Angebot beteiligen. Der rechtliche Rahmen zur Vorgabe bestimmter Energieträger (z. B. über Anschluss- und Benutzungszwang) ist aber sehr eng. Größere Chancen bestehen über eine fachliche Beratung.

⁷ Merkblatt „Energieeinsparkonzepte und Energienutzungspläne“
http://www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwivt/Themen/Energie_und_Rohstoffe/Dokumente_und_Cover/Merkblatt_Energieeinsparkonzepte_und_Energienutzungsplaene.pdf

Thema: Grundsätzliche benannte Konfliktpunkte

Grundsätzlich wurde das Fehlen von zukunftsfähigen Visionen und berechenbaren Festlegungen durch die politisch Verantwortlichen bemängelt sowie, dass der Klimaschutz inzwischen hinter ökonomischen Gesichtspunkten zurückstehen muss. Kritisch wurde zudem die Fokussierung auf das Aufdecken neuer Energiepotenziale gesehen, während die Diskussion um den „richtigen“ Energiemix vernachlässigt wird.

Begriffsdefinitionen wurden von den Teilnehmern oftmals als zu „unscharf“ empfunden. Die unterschiedliche Definition der Begriffe Wirtschaftlichkeit, Beteiligung und Autarkie sind häufig Ursache für Missverständnisse. Allein der Autarkiebegriff lässt sich unterschiedlich definieren (Strom, Wärme usw.) sowie auf unzählige Ebenen anwenden, z. B. auf den einzelnen Privathaushalt, die Gemeinde bzw. den Landkreis. Gemeint ist aber die bilanzielle, rein rechnerische Energieautarkie und keinesfalls die tatsächlich physikalische Selbstversorgung.

11.3 Thementisch D: Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland

Impulsgeber:

- Katharina Rottenwallner, 1. Bürgermeisterin, Verwaltungsgemeinschaft Altfraunhofen
- Bernhard Krempl, 1. Bürgermeister, Stadt Geiselhöring
- Hermann Brandl, 1. Bürgermeister, Gemeinde Arnbruck

Moderation:

- Michael König und Erich Monhart, K.GREENTECH

Dokumentation:

- Brigitte Gans, citycom-münchen

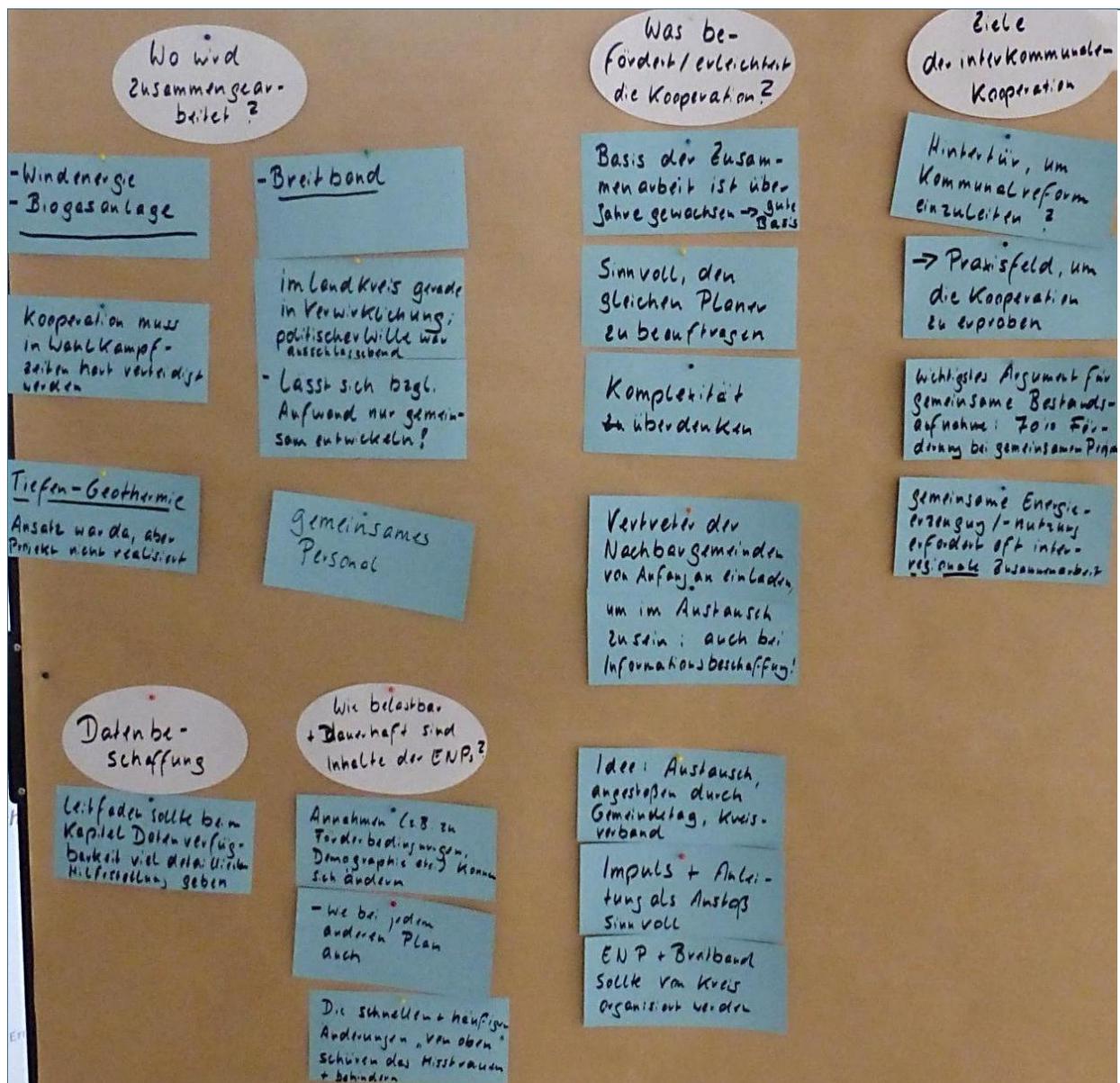


Abb. 15: Thementisch D: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

Thema: Bereiche der Zusammenarbeit

Die teilnehmenden Kommunen hatten Erfahrungen in der Zusammenarbeit in den Bereichen Windenergie, Biogas, Breitband und Tiefen-Geothermie. Die Windenergie schien die Kommunen am meisten zu beschäftigen; dort stocken die Projekte aufgrund der unsicheren politischen Rahmenbedingungen und des oftmals starken lokalen Widerstands. Hier, so wurde berichtet, müsse die Kooperation von den Entscheidern oft hart gegen die Bürger verteidigt werden – eine Nagelprobe für die interkommunale Kooperation.

Thema: Ziele für die interkommunale Kooperation

Die teilnehmenden kommunalen Vertreter, die ein EK mit Unterstützung des Amtes für Ländliche Entwicklung erstellen, berichteten, dass die Aufforderung des Fördermittelgebers zur Zusammenarbeit eine wichtige Motivation darstellt. Manche Energieerzeugungsarten wie beispielsweise die Windkraft, so der Konsens in allen Runden, erfordern große Investitionen und lassen sich nur gemeinsam sinnvoll erschließen. Oft sei dafür sogar eine interregionale Zusammenarbeit über die Bezirks- oder Landesgrenze hinaus nötig.

Es wurde auch die Frage gestellt, ob die Zusammenarbeit bei den ENPs eine Kommunalreform „durch die Hintertür“ einleiten solle. Die impulsgebenden Kommunen waren sich jedoch einig, dass eine gemeinsame Energiestrategie ein gutes Praxis- und Übungsfeld für die interkommunale Kooperation darstellt, welche insgesamt immer wichtiger wird. In allen Runden war jedoch auch Konsens: Die Zusammenarbeit setzt ein gegenseitiges Vertrauen voraus und wird nur dann zustande kommen, wenn die Beteiligten auch die Motivation haben, miteinander zu arbeiten.

Thema: Erleichternde oder befördernde Faktoren für die Kooperation

Bei den impulsgebenden Kommunen war die Zusammenarbeit seit Jahren bereits in anderen Bereichen gewachsen. Dies wurde als gute Voraussetzung benannt.

Falls diese nicht gegeben ist, sei es schon ein guter Anfang, die Nachbargemeinden immer wieder einzuladen zu Veranstaltungen oder Gemeinderatssitzungen und an dem eigenen Entscheidungsprozess im Sinne der Transparenz teilhaben zu lassen. Auch bei der Informationsbeschaffung sei es, unabhängig von einer späteren Zusammenarbeit, sinnvoll, die Nachbargemeinden einzubeziehen und vielleicht arbeitsteilig vorzugehen: Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden.

Manche Gemeindevertreter hatten die Erfahrung, dass die Zusammenarbeit auf Seiten der Kümmerer, also der fachlich Verantwortlichen, gut funktioniert und genutzt werden kann, um die Politiker für eine Kooperation zu begeistern. Ein wichtiges Scharnier zwischen den Gemeinden sei der Planer, der den ENP/das EK begleitet. Daher sei es wichtig, dass die kooperierenden Gemeinden sich auf einen Planer einigen, bzw. denselben Planer beauftragen.

Öfter wurde als erleichternd benannt, wenn der Anstoß, u.U. sogar sanfter Zwang zur Kooperation von „höherer Stelle“, z. B. Gemeindetag oder Kreistag ausginge. Die Koordination der Aktivitäten für ENPs/EKs, aber auch andere Maßnahmen wie Breitband sei von übergeordneter Stelle leichter zu bewerkstelligen.

Thema: Hindernisse für die Kooperation

Von einzelnen Gemeindevertretern wurde angemerkt, dass die Motivation, einen ENP zu erstellen und sich nach geeigneten Partnern umzusehen, dadurch verringert wird, dass viele Gemeinden an der Belastbarkeit dieses Instruments zweifeln. Da sich Förderbedingungen, aber auch andere Rahmenbedingungen wie die Demografie der eigenen Gemeinde ändern, besteht die Angst, den ENP schon in naher Zukunft nicht mehr nutzen zu können.

11.4 Thementisch E: Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger, Unternehmen)

Impulsgeber:

- Florian Diepold, Technologie Campus Freyung
- Peter Ranzinger, Landratsamt Passau

Moderation:

- Frank Brodmerkel und Peter Jordan, Bayerische Verwaltungsschule, Grüne Welle Kommunikation

Dokumentation:

- Ursula Ammermann, citycom-münchen

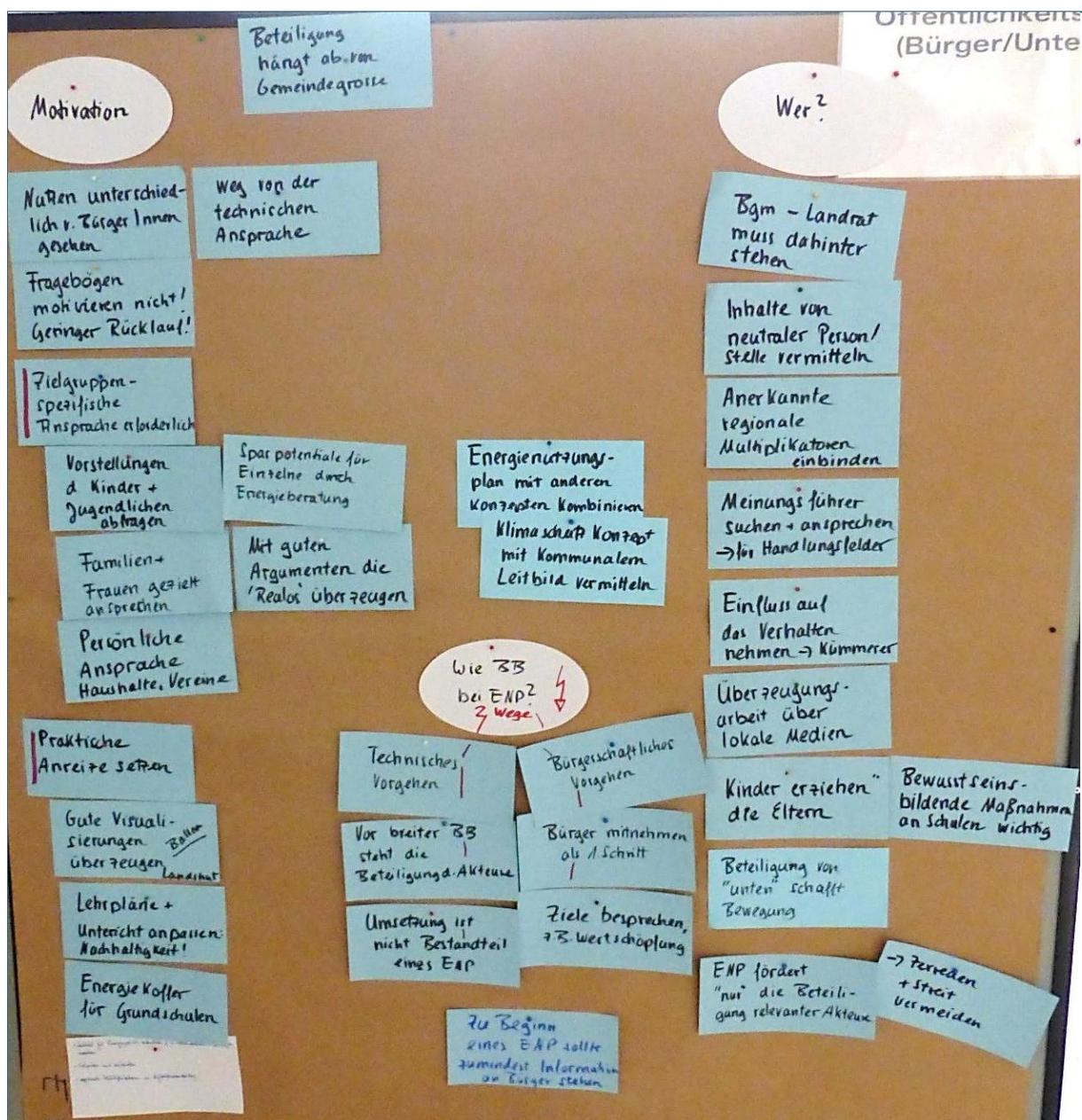


Abb. 16: Thementisch E: Visualisierte Diskussionsergebnisse.



Abb. 17: Thementisch E: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

Kommentare zu den Thesen

Alle drei Thesen wurden weitgehend bestätigt, wobei Art und Umfang der Beteiligung stark von der Gemeindegröße abhängig sind.

These 1: Anhaltende Identifikation mit dem ENP-Prozess kann nur erzielt werden, wenn die Bürger den Nutzen erkennen, den solch ein Plan für sie erbringt. Nur dann werden sie sich auch längerfristig beteiligen.

Der Nutzen eines ENPs erschließt sich den Bürgern nicht von selbst, sondern muss im Beteiligungsprozess präzise erklärt und zielgruppenspezifisch differenziert werden. Die Kommune muss im Vorfeld genau überlegen, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen soll: Information und/oder Beteiligung, Einbezug einzelner Akteure und Multiplikatoren und/oder Einbezug der breiten Öffentlichkeit? Welche Methoden und Formen der Beteiligung sind für die spezielle Situation in der Kommune sinnvoll? Bürgerbeteiligung darf sich nicht zum Debattierclub entwickeln. Ein sorgfältiger Umgang mit Bürgerinitiativen und deren Ideen ist daher entscheidend.

These 2: Je früher und ernsthafter die Kommune ihre Bürger beteiligt, umso erfolgreicher wird der Prozess der ENP-Erstellung laufen.

Sobald kommunale Aktivitäten zum ENP öffentlich bekannt werden, z. B. durch Umfragen und Datenerhebung, werden sich Bürger bzw. Bürgergruppen von selbst zu Wort melden, daher ist es sinnvoll, sie bereits früh aktiv einzubinden. Es wurde allerdings auch darauf hingewiesen, dass es auch ein „zu früh“ geben kann, d.h. wenn noch keine klaren Ziele in der Gemeinde vorliegen. Bei Beteiligungsprozessen sollte über die Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinaus gedacht werden.

These 3: Bürgerbeteiligung kostet Zeit und Geld, bringt der Gemeinde letztlich aber nur Vorteile.

Die für die Beteiligung entstehenden Kosten sollten die Kommunen im Blick behalten. Die Fachleute wiesen darauf hin, dass die Kosten für eine breite Beteiligung der Bürger im Rahmen des ENPs nicht explizit gefördert werden, sondern von der Gemeinde selbst getragen werden müssen.

Thema: Vorgehensweise und Zeitpunkt

Es bestand Übereinstimmung bei den Teilnehmern, dass die Energiewende nur mit Unterstützung durch die Bürger gelingen kann. Dies gilt gleichermaßen für die Aufstellung eines ENPs bzw. eines EKs. Die Art des Vorgehens bei der Beteiligung der Öffentlichkeit hängt stark ab von der Gemeindegröße. Kleinere Gemeinden haben dabei den Vorteil, dass sie näher an den wichtigen Akteuren und Bürgern sind, viele Bürger sich zudem untereinander persönlich kennen. Dieser direkte Bezug hat Vorteile, ist aber auch zeitintensiv, da Gemeinderäte/Bürgermeister in Einzelgesprächen mit Akteuren aus der lokalen Wirtschaft, Funktionsträgern, Multiplikatoren und Bürgern das Projekt fachlich vertreten müssen.

Zum Vorgehen und zum Zeitpunkt der Einbindung der Bevölkerung wurden zwei unterschiedliche Wege diskutiert:

- **Bürgerschaftlich geprägtes Vorgehen:** Die Einbindung der Bürger ist nicht nur zur Steigerung und Sicherung der späteren Akzeptanz, sondern auch zur Ideenfindung bereits im Vorfeld eines ENPs zu empfehlen. Ziele sind z. B. Wertschöpfung, Versorgungssicherheit sowie die Vermeidung möglicher Proteste und Widerstände. Das Engagement der Bürger kann frühzeitig analysiert werden. So wird deutlich, welche Energieträger die Bürger akzeptieren und mittragen (Windkraft, Biomasse, Photovoltaik, etc.), was die spätere Umsetzung erleichtert.
- **Technisch geprägtes Vorgehen:** Bevor eine breite Bürgerbeteiligung erfolgen kann, müssen Ziele der Beteiligung definiert, Grundlagen und Basisdaten erhoben und das Konzept des ENPs von Fachleuten und Akteuren der Gemeinde erstellt werden. Andernfalls droht die Gefahr, dass der ganze Prozess zerredet wird. Auch wird hier klar unterschieden zwischen Information und aktiver Beteiligung: So muss die Bevölkerung im Vorfeld informiert werden, dass die Gemeinde einen ENP aufstellen wird und dazu eine Bestandserhebung durchführt. Hier ist auch ein Einbezug wichtiger Akteure der Gemeinde sinnvoll, jedoch kein breiter und aktiver Einbezug der Öffentlichkeit.

Jede Kommune muss für sich entscheiden, welcher Weg aufgrund ihrer Struktur für sie der zielführendere ist. Beteiligung benötigt in jedem Fall klare Zielvorgaben, Strukturen, Agenda und professionelle Führung/Moderation.

Thema: Beispiel für ein Vorgehen

Die Stadt Straubing (ca. 45.000 Einwohner) schlug den folgenden, erfolgreichen Weg ein: Der Beschluss zur Aufstellung eines ENPs wurde vom Stadtrat gefasst und nicht öffentlich diskutiert. Erst danach begann eine breite Bürgerbeteiligung (Pressekonferenz, Angebote an die Bürger sich einzubringen, Einbezug von Unternehmen). Es wurden Energiegruppen mit Projektsteckbriefen und Projektpaten eingerichtet, an denen sich alle Bürger beteiligen konnten. Die Grundlagen (Bestandserhebung, Ist-Analyse) sollten allerdings beim Start der Beteiligung vorhanden sein, so die Erfahrung.

Thema: Förderung der Beteiligung im ENP

Ein Experte wies darauf hin, dass im ENP lediglich die Einbindung relevanter Akteure bei der Analyse des Ist-Zustandes und eine abschließende Präsentation der Ergebnisse gefördert werden. Die Umsetzung und die Bürgerbeteiligung an sich sind nicht Bestandteil des ENPs und werden nicht gefördert. Dies wurde von vielen Teilnehmern bedauert.

Thema: Motivation

Bei dem Einbezug der Öffentlichkeit sind die kommunalen Befindlichkeiten zu beachten. Gegnerschaften bilden sich schnell, oft aus Unkenntnis, Misstrauen, Vorurteilen und Missgunst. So scheiterte z. B. die Errichtung eines Biogasbetriebes zur Versorgung von 45 Gebäuden in einer Gemeinde daran, dass die Einwohner dem Eigentümer seine Gewinnabsichten vorwarfen: „Der will doch nur an uns verdienen“.

Es wurde betont, dass es wichtig sei, dass die Kommune die Bürgerbeteiligung aktiv steuert, um sie nicht einzelnen Gruppen oder gar Gegnern zu überlassen. Dieses Argument spricht für eine frühe Beteiligung.

Die Stadt Landshut (ca. 45.000 Einwohner) argumentierte mit ihrer sozialen Verpflichtung, den Bürgern bezahlbare Energie zu liefern und stellte dem ENP ein städtisches Klimaschutzkonzept mit Leitbild voran. Sie schuf eine eigene Stelle, um Bürger zu beraten und Fördermittel zu beantragen. Die Stadt band lokal existierende Zusammenschlüsse vor Ort in die Diskussion ein, z. B. die lokalen Agendagruppen bei der Umwandlung eines Müllheizkraftwerkes in ein Biomassekraftwerk.

Die Erfahrung der Kommunen zeigte zudem, dass das Interesse in der Bevölkerung steigt, je konkreter die Pläne werden. Beteiligung, das wurde von den Teilnehmern betont, hat zwei Seiten: Gerade zu Beginn eines Beteiligungsprozesses äußern sich Bürger oft ablehnend und kritisch, auf der anderen Seite bringen sie viel Wissen und Erfahrungen mit und wollen emotional mitgenommen werden. An Möglichkeiten, die Bevölkerung aktiv einzubinden, wurden genannt:

- Über die vorhandenen lokalen Agenda 21-Gruppen wie z. B. in Landshut
- Über finanzielle Anreize Interesse wecken, z. B. Unterstützung beim Austausch alter Elektrogeräte, Informieren über Einsparpotenziale
- Sichtfeldanalysen über Ballons, die den Bürgern im Stadtraum Ausdehnung und Höhe geplanter Maßnahmen zeigen (so in Landshut bei dem Biomassekraftwerk)
- Bürgergenossenschaften gründen
- Kooperationen zwischen Bürger und Gemeinde ermöglichen
- Provokante Anreize können Aufmerksamkeit schaffen

Thema: Zielgruppen

Es wurde darauf verwiesen, dass sich erfahrungsgemäß eher die bereits überzeugten Bürger beteiligen und es schwierig ist, die „schweigende Mehrheit“ zu erreichen.

Über die häufig verwendete technische und finanzielle Argumentation zum ENP werden fast ausschließlich Männer erreicht. Wichtige Nutzergruppen wie Kinder und Jugendliche, Frauen und Familien, die eher ideell geprägt sind, fühlen sich so nicht angesprochen. Diese Gruppen sind aber wichtig im Hinblick auf Akzeptanz und Umsetzung. Für diese Gruppen müssen entsprechende Kommunikationskanäle gefunden werden: Weg von der rein technischen Argumentation, hin zu Themen wie Konsum, Ernährung, Mobilität, in die das Thema Energie eingebettet wird. Praktische Beispiele wie Energiekoffer für Schulen, Visualisierungen im Stadtbild (Landshut) oder Beratung zu Einsparpotenzialen überzeugen. Besonders die Gruppe der Kinder ist wichtig, da sie ihr Wissen und ihre Überzeugungen an ihre Familien weitergeben. Bewusstseinsbildende Maßnahmen an Schulen zum Thema Umgang mit Energie sind zu fördern: Nachhaltigkeit mit all ihren Facetten und Energieeinsparung sollten stärker im Unterricht und in den Lehrplänen verankert werden. Haushalte und wichtige Akteursgruppen (z. B. lokale Agendagruppen, Vereine) sollen persönlich angesprochen werden. Es wurde auch empfoh-

len, den ENP mit anderen Konzepten zu kombinieren, z. B. mit einem Klimaschutzkonzept oder kommunalen Leitbildern, und dies zu kommunizieren.

Thema: Handelnde Personen und Akteure

Es bestand Einigkeit, dass die Beteiligung in den Händen der Kommune bleiben soll. Der Bürgermeister, Gemeinderat oder auf Landkreisebene der Landrat müssen hinter dem ENP/EK stehen. Die Inhalte sollten aber von einer neutralen Person vermittelt/moderiert werden. Jede Kommune hat wichtige Akteure, Gruppen und Meinungsführer. Diese gilt es anzusprechen und einzubinden. Bekannte Persönlichkeiten und regional anerkannte Multiplikatoren können als „Botschafter“ das Thema an ihre Zielgruppen vermitteln oder sind für bestimmte Handlungsfelder anzusprechen (z. B. Landwirte, die bereits gute Erfahrungen mit Solardächern gemacht haben). Die lokalen Medien sind einzubinden und können Überzeugungsarbeit leisten. Oftmals kommt der Anstoß zum ENP/EK auch direkt aus der Bevölkerung.

12 Vortrag: Aspekte der Förderung für Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte

12.1 Dr. Peter Wunsch



Projektmanager Innovations- und Technologiezentrum

Bayern Innovativ GmbH
ITZB Innovations- und Technologiezentrum Bayern
Gewerbemuseumsplatz 2
90403 Nürnberg

Tel.: 0911-20671-621, Fax: -5621
wunsch@bayern-innovativ.de
www.itzb.de

Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Aussagekräftige und nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

12.2 Zusammenfassung des Vortrags

Das Innovations- und Technologiezentrum Bayern (ITZB) gehört dem in Nürnberg und München ansässigen Haus der Forschung an und ist unter anderem der Projektträger für das Förderprogramm BayINVENT. Dahinter verbirgt sich die Förderung innovativer Energietechnologien und Energieeffizienz mit dem Programmschwerpunkt Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte. Zu diesen Themen wird montags bis freitags von 8 Uhr bis 18 Uhr unter der Service-Nummer 0800 0268724⁸ eine Beratung angeboten.

Bewilligungsvoraussetzungen für ein Energieeinsparkonzept und einen ENP

Antragsberechtigt sind kommunale Gebietskörperschaften und Eigenbetriebe, Träger kirchlicher oder anderer Einrichtungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit in Bayern sowie Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung in Bayern. Eine Voraussetzung ist, dass die Untersuchung sich auf Standorte in Bayern beschränken muss.

Bei dem Energieeinsparkonzept werden die Energieeinsparpotenziale in Liegenschaften, Einrichtungen und Betriebs- bzw. Produktionsstätten analysiert. Darauf aufbauend werden Möglichkeiten, deren Energiebedarf zu verringern und/oder aus erneuerbaren Energien zu decken, aufgezeigt. Ein Beispiel für ein Energieeinsparkonzept ist demnach, wenn eine Kommune wissen möchte, inwieweit eine energetische Sanierung des Rathauses sinnvoll ist. Die Bewilligungsvoraussetzungen bei dem Energieeinsparkonzept sind, dass die Untersuchung Grundlage für anstehende Investitionsentscheidungen ist und die Thematik Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Nutzung regenerativer Energien umfassen soll. Die Ergebnisse sollen konkrete Realisierungsvorschläge sein und dabei auf die energietechnische Dimensionierung und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen Bezug nehmen.

⁸ Kostenfrei aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise für Anrufe aus Mobilfunknetzen sind möglich.

Der ENP ist ein informelles räumliches Planungsinstrument für eine oder mehrere Gemeinden und bietet die Basis für eine Koordination von Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf regenerative Energieträger. Bei dem ENP sollen übergeordnete energetische Planungsziele aufgezeigt werden. Der Untersuchungsumfang muss sowohl kommunale als auch private Liegenschaften, Einrichtungen oder Betriebsstätten beinhalten. Damit letztendlich wirklich Maßnahmen in die Umsetzung gebracht werden, muss das Ergebnis des ENPs für ausgewählte Teilbereiche Maßnahmenempfehlungen mit einer Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung enthalten.

Bei einem ENP ist eine interkommunale Herangehensweise besonders erwünscht. Dabei kann, nachdem ein überregionaler ENP erstellt wurde, ein weiterer, detailschärferer ENP gefördert werden, der beispielsweise auf einen Teilbereich einer Kommune abzielt.

Art und Höhe der Förderung

Die Förderung besteht aus einer Anteilfinanzierung in Form eines einmaligen Zuschusses für die Kosten der Studie. Die Erstellung von Energieeinsparkonzepten wird mit bis zu 50 % für kommunale Gebietskörperschaften und Träger kirchlicher oder anderer Einrichtungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit, mit bis zu 40 % für wirtschaftlich tätige Antragsteller, die KMU sind, und mit bis zu 30 % für wirtschaftlich tätige Antragsteller, die keine KMU sind, gefördert. Die Förderhöchstsumme beträgt 50.000 €. Die Erstellung von ENPs wird dagegen mit bis zu 70 % für kommunale Gebietskörperschaften gefördert.

Antragsverfahren und Vorgehensweise

Bei einem Antrag auf Förderung sowohl bei einem Energieeinsparkonzept als auch bei einem ENP müssen mindestens drei vergleichbare, qualitativ hochwertige und unabhängige Angebote eingeholt werden. Dabei sollte auch auf die Referenzen der Antragssteller sowie auf Erfahrungen aus Nachbargemeinden geachtet werden. Zu einem Energieeinsparkonzept gehören die Grundlagenermittlung und Analyse des Ist-Zustandes, die Konzeptentwicklung mit verschiedenen Varianten, die Leistungs- und Energiebilanz der Varianten, ein Wirtschaftlichkeitsvergleich, eine Analyse der Einsparung an Primärenergie und Reduktion der Emissionen sowie Maßnahmenempfehlungen. Zu einem ENP gehören die Grundlagenermittlung und Analyse des Istzustands (Energiebedarf/Energieinfrastruktur in verschiedenen Sektoren), die Potenzialerhebung, eine Konzeptentwicklung mit verschiedenen Szenarien, ein Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsvergleich der Szenarien, eine Analyse zur Reduktion der Emissionen sowie Maßnahmenempfehlungen.

Für Unternehmen mit wirtschaftlicher Tätigkeit erfolgt die Antragstellung nach Rücksprache beim Projektträger über das elektronische Antragsverfahren (ELAN) des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Für alle weiteren Antragsteller ist der Antrag auf Förderung mit einem Formblatt (Muster 1a zu Art. 44 BayHO) mit Anlagen bei dem ITZB Nürnberg einzureichen.

Die Bewilligung erfolgt nach Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel, wobei kein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht.

Bemerkungen zu der Förderpraxis

Es werden weder Eigenleistungen der Kommune noch „Vergangenheitsbetrachtungen“ gefördert. Es gibt zudem keine Förderung des bürgerlichen Engagements. Dies bedeutet, dass zwar eine Beteiligung von Akteuren, also beispielsweise Vertretern von Bürgerinitiativen und Unternehmen, sowie eine Abschlusspräsentation gefördert werden, nicht jedoch die ständige Einbindung eines jeden Bürgers. Politische bzw. sozialkritische Betrachtungen werden ebenfalls nicht gefördert, anstelle dessen sollen



Abb. 18: Dr. Peter Wunsch während des Vortrags.

technische Maßnahmenempfehlungen gegeben werden, wobei immer der Stand der Technik beachtet werden soll. Die Erstellung eines Energiepasses bzw. EnEV-Nachweises fällt ebenso wenig unter die Förderung wie Betrachtungen zur Energieautarkie oder eine „singuläre technische Detailplanung“, d.h. wenn beispielsweise schon klar ist, dass an einem bestimmten Ort ein Windpark gebaut werden soll und dafür eine Detailplanung benötigt wird.

Ein wichtiger letzter Hinweis ist, dass die Vergabe der Untersuchung erst nach Erlass des Bewilligungsbescheides erfolgen darf.

Fragen aus dem Plenum und dazugehörige Antworten

Frage: In welchem Verhältnis stehen der ENP und das CO₂-Minderungsprogramm?

Antwort: In dem CO₂-Minderungsprogramm ist die Förderung der Öffentlichkeitsarbeit enthalten. Im Gegensatz dazu ist bei den ENPs keine finanzielle Förderung der Bürgerbeteiligung vorgesehen.

Frage: Kann die Kommune sich bei dem Förderantrag das Planungsbüro aussuchen?

Antwort: Die Kommune muss drei Angebote einholen. Sie kann sich für ein Angebot entscheiden. Es muss nicht unbedingt das günstigste Büro gewählt werden. Die Entscheidung ist allerdings zu begründen.

13 Vortrag: Aspekte der Förderung für Energiekonzepte

13.1 Dr. Thomas Kerscher



Projektmitarbeiter Energiewende
Fachberater der Ländlichen Entwicklung

Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern
Dr.-Schlögl-Platz 1
94405 Landau a. d. Isar

09951 940-120
Thomas.Kerscher@ale-nb.bayern.de
www.landentwicklung.bayern.de

Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

Sensibilisierung aller Beteiligten für einen Wandel hin zu nachhaltigem Denken und Wirtschaften.

Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Frühzeitige, aktive Beteiligung einer möglichst breiten Öffentlichkeit, damit jeder sich und seine Interessen im Konzept wiederfinden kann.

13.2 Zusammenfassung des Vortrags

„Ländliche Entwicklung“ im weitesten Sinn bezeichnet alle Fortschritte und Veränderungen im ländlichen Raum, also in Gebieten abseits von Ballungszentren, in denen der Agrarsektor das Erscheinungsbild dominiert. Zur Stärkung des ländlichen Raums bietet das Bayerische Landwirtschaftsministerium mit seinen sieben Ämtern der Ländlichen Entwicklung einige Instrumente wie die Flurneuordnung, die Dorferneuerung und die Integrierte Ländliche Entwicklung. Diese Instrumente eignen sich auch zur Unterstützung für die Umsetzung der Energiewende.

Die Ländliche Entwicklung hat im Bereich der Energiewende das Ziel, örtlich abgestimmte Energieprojekte zu ermitteln und diese in die Realisierungsphase zu begleiten. Zielgruppe sind dabei ländlich strukturierte Gemeinden, die bereits mit der Ländlichen Entwicklung zusammenarbeiten. Wichtig hierbei ist, dass die Konzepte in enger Zusammenarbeit/Kooperation der örtlichen Akteure entwickelt und durchgeführt werden.

Die Ländliche Entwicklung ist aufgrund ihrer Erfahrungen im ländlichen Raum, ihrer Vernetzung mit anderen Behörden, ihrer Erfahrung mit Bürgerbeteiligungsansätzen und nachhaltigen Instrumente idealer Partner für die Belange der Kommunen hinsichtlich des Themas Energie.

Die Ämter für Ländliche Entwicklung können EKs auf drei verschiedenen Ebenen fördern. Zum einen besteht finanzielle Unterstützung im Rahmen der Dorferneuerung und im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung. Das in 2012 ausgerufene Sonderprogramm „100 bilanziell weitgehend energie neutrale Kommunen“ ist ein zeitlich befristetes Programm mit jeweils mindestens 14 zu vergebenen EKs, in dem die zur Verfügung stehenden Fördermittel bereits aufgebraucht sind. Im Rahmen der Dorferneuerung und der Integrierten Ländlichen Entwicklung können aber noch EKs gefördert werden. Um allerdings in den Genuss einer Förderung zu kommen, sind folgende Voraussetzungen notwendig. Das Konzept muss die gesamte Gemeinde umfassend (bei Gemeindekonzepten) und die Bürger müssen informiert und intensiv beteiligt werden (z. B. über Arbeitskreise, Foren, Aktionen etc.). Zudem müssen mindestens drei Angebote von Planungsbüros eingeholt werden und es soll eine ganzheitliche Betrachtung des Themas erfolgen – so sollen Querbezüge zu Themen wie Innenentwicklung und Landnutzung hergestellt werden. Um während der Erarbeitung bzw. nach Fertigstellung der EKs Gemeinden im Hinblick auf Umsetzungsmaßnahmen betreuen zu können, kann in Gemeinden mit einem von dem Amt für Ländliche Entwicklung geförderten EK eine Prozessbegleitung gefördert werden.



Abb. 19: Dr. Thomas Kerscher während des Vortrags.

Nicht nur finanziell, sondern auch personell stehen die Ämter für Ländliche Entwicklung mit ihren Fachberatern den Kommunen zur Verfügung. Die Unterstützung reicht während der Konzepterstellung von der Erstberatung, den Hilfestellungen bei dem Vergleich der Angebote und der Auswahl der Planungsbüros bis hin zur Beachtung der Querbezüge innerhalb der Kommune, wie Innenentwicklung, Mobilität, Gebäudemanagement und Landnutzung. In der Umsetzungsphase werden dann Erfahrungsaustausche, Informationsabende und Exkursionen zu Referenzanlagen von den Fachberatern für Energie an ihrem Amt für Ländliche Entwicklung organisiert. Bei der Durchführung der Projektvorschläge aus dem EK werden die einzelnen Maßnahmen aufeinander abgestimmt und in Maßnahmen der Ländlichen Entwicklung integriert, was neben der Förderberatung zu weiteren Kostenersparnissen der Kommune führt. Dass die Ländliche Entwicklung mit den an die Bedürfnisse der Kommunen ausgerichteten EKs einen wertvollen Beitrag zur Umsetzung der vorgeschlagenen, energetischen Maßnahmen des Konzeptes leisten kann, liegt zum einen an der personellen Betreuung und zum anderen an der Beteiligung der Bürger und lokalen Akteure, die in alle Phasen der Konzepterstellung einbezogen werden. Dies stärkt die Akzeptanz der anzugehenden Maßnahmen vor Ort und sorgt durch die

Initiierung von Arbeitskreisen bereits während der Konzepterstellung für eine spätere Entlastung der Kommunalverwaltung. Die Betreuung der EKs wird von den Gemeinden sehr geschätzt. Diese sind oftmals personell unterbesetzt, können sich daher aus zeitlichen Gründen nicht einem zusätzlichen Thema widmen oder verfügen noch über keine Erfahrungen im Energiesektor.

Die Nachhaltigkeit des Konzeptes ist ein wichtiger Aspekt. So wird den Gemeinden empfohlen, sich stetig mit dem Thema zu beschäftigen, sozusagen am (Energie-)Ball zu bleiben, z. B. durch regelmäßige Projektumsetzungen, Etablierung von Strukturen (Energiebeauftragter, Monitoring, Öffentlichkeitsarbeit) und gegebenenfalls externer Unterstützung von Außen.

Aus dem EK heraus sollen sich Maßnahmen ergeben, die idealerweise von der Ländlichen Entwicklung mit ihren Instrumenten unterstützt bzw. weiter begleitet werden können. So kann im Rahmen des EKs ein Anreiz zu Sanierungsmaßnahmen geschaffen werden, die unter Umständen im Falle eines Dorferneuerungsverfahrens finanziell gefördert werden. Auch die Verlegung von Nahwärmenetzen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen der Dorferneuerung (Straßen-, Kanalsanierung) ist sinnvoll und kann Kostenersparnisse mit sich bringen. Durch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung im Rahmen einer Waldneuordnung können Holzreserven aktiviert und vervielfacht werden. Auch eine Flurneuordnung kann die Energiewende positiv unterstützen, in dem durch Flächenzusammenlegungen und Flächenneuordnung z. B. die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen erst ermöglicht wird.

Die Förderung über die Ländliche Entwicklung unterscheidet sich somit in mancher Hinsicht von der gewohnten Förderung „nach engen Richtlinien“ anderer Förderstellen (siehe die vielfältigen Möglichkeiten, die sich durch die personelle Vor-Ort-Betreuung während der unterschiedlichen Phasen eines EKs ergeben). Hier steht im Mittelpunkt, zusammen mit den Aktiven vor Ort den ländlichen Gemeinden Bayerns und ihren Bürgern ein tragfähiges Zukunftskonzept, einen Plan für ein konkretes Projekt oder Teilgebiet hervorzubringen, zu konkretisieren und letztlich zu realisieren. Wenn dafür die Chancen gut stehen, können die Fachberater bis zu der Realisierung der Maßnahmen mit Rat, mit Tat und finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

Exkurs:

Flurneuordnung (früher Flurbereinigung) – dahinter steckt die Idee, dass man landwirtschaftliche Flächen zur effizienteren Nutzung entsprechend zusammenlegt, einen historisch gewachsenen Fleckerlteppich von Nutzungen und Eigentumsverhältnissen sozusagen auflöst und neu verteilt. Diese neuen Flächen werden dabei durch ausgebaute Wege erschlossen und Hochwasserschutzmaßnahmen berücksichtigt, wobei ökologisch wertvolle Lebensräume erhalten oder geschaffen werden. Die damit verbundenen Kosten werden bezuschusst. Das Amt für Ländliche Entwicklung leitet eine Flurbereinigung ein und bestimmt damit, welches Gebiet der Neuordnung zugehörig ist. So entsteht eine Teilnehmergeinschaft, die die Interessen der Teilnehmer formuliert, wobei diese oft nicht einfach zu ermitteln ist. Oft sind viele Besprechungen nötig, um die Einzelmeinungen zusammenzubringen. Dieser Meinungsfindungsprozess ist ganz identisch mit der Bürgerbeteiligung, die heute auch in vielen Energieprojekten erfolgt. Flurneuordnung wird heute nicht nur für landwirtschaftliche, sondern genauso gut für energiewirtschaftliche Belange eingesetzt, z. B. für die Flächenerschließung bei Windparks, Grundstückszusammenlegung für Photovoltaik-Freiflächen, oder zur Verwirklichung umfangreicher Wasserkraftwerkspläne.

Dorferneuerung ist das zweite Instrument der Ländlichen Entwicklung. In mancher Hinsicht der Flurneuordnung ähnlich, läuft die Dorferneuerung aber auf überwiegend bebauten innerdörflichen Flächen ab. Ein neuer Dorfplatz, eine geänderte Ortsdurchfahrt, abgestimmte neue Fassaden, der Bau eines Bürgerhauses oder eines Dorfladens..., all das sind klassische Förderbeispiele. Gerade in der Dorferneuerung ist Bürgerbeteiligung von Anfang an die Grundlage des Verfahrens. Oft werden dabei aus der Bürgerschaft heraus Ideen entwickelt, auf die wohl kein außenstehender Ortsplaner so leicht ge-

kommen wäre. Im Rahmen einer solchen Dorferneuerung wurde z. B. in Aiterhofen der Aufbau eines Nahwärmenetzes gefördert. Sechs teils öffentliche, teils private Gebäude werden dabei von einer zentralen 320 kW Hackschnitzelanlage mit Heizwärme versorgt.

„**Integrierte Ländliche Entwicklung**“ (ILE) heißt die dritte wichtige Maßnahme der Ländlichen Entwicklung. Eine ILE ist ein Kooperationszusammenschluss mehrerer benachbarter Kommunen. Auch hier wird ein gemeinsames ILE-Konzept erarbeitet, werden Themenfelder bestimmt, in denen gemeinsame Ziele durch enge Kooperation zwischen den Gemeinden erreicht werden sollen. Auch „Energie“ ist in der Regel ein solches Handlungsfeld. Als Langfriststrategie ist die interkommunale Zusammenarbeit für benachbarte Gemeinden sicher sehr empfehlenswert. Besonders im Energiesektor sind einige der zukünftigen Herausforderungen zu groß für kleine ländliche Kommunen im Alleingang.

14 Resümee⁹

Die Veranstaltungsreihe hat es geschafft, die Themen ENP und EK aus vielen unterschiedlichen Richtungen zu beleuchten. Die intensiven Diskussionen an den Thementischen haben dabei gezeigt, dass es einen enormen Bedarf gibt, praxisnahe Informationen zu vermitteln, aber auch diskursiv unterschiedliche Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. Ein großer Dank gilt daher allen an der Veranstaltungsreihe Beteiligten, d. h. den Organisatoren, Kooperationspartnern und Referenten, aber auch Ihnen, den Teilnehmern, die sich die Zeit genommen haben, sich über diese wichtigen Themen zu informieren und auszutauschen.

Von allen Ergebnissen fielen einige besonders auf. So darf die Erstellung eines ENPs oder EKs keine einmalige Aktion, also ein Strohfeuer sein, sondern muss langfristig in der Gemeindeverwaltung verankert werden. Dazu bedarf es des politischen Rückhalts durch Bürgermeister und Gemeinderat, aber auch der Wertschätzung der sogenannten „Kümmerer“, die sich dieser neuen Aufgabe annehmen. Die Einbeziehung und Beteiligung der Bürger und Unternehmen vor Ort ist allein aus Akzeptanzgründen unerlässlich. Es wurde zudem wiederholt der Wunsch nach einem regionalen Informations- und Erfahrungsaustausch zu den Themen der Energiewende geäußert. Dieser Wunsch ist gerechtfertigt, da die praktischen Erfahrungen anderer genutzt werden müssen, um – angesichts der knappen Personal- und Finanzressourcen – die Energiewende effizient voranzubringen. Hierbei könnten beispielsweise die Regierungen mit ihren Energiewendebeauftragten, aber auch die Landkreise eine koordinierende Rolle übernehmen. Durch alle Veranstaltungen zog sich wie ein roter Faden die dringende Forderung nach stabileren, politischen Rahmenbedingungen. Ohne diese kann die Energiewende nicht gelingen.

Noch eine Bitte zum Schluss. Vergessen Sie, die Entscheidungsträger und Verwaltungsmitarbeiter vor Ort, nicht, dass Sie als Multiplikator eine entscheidende Rolle im Rahmen der Energiewende spielen. Die Politik setzt dafür die Rahmenbedingungen, umgesetzt wird die Energiewende jedoch vor Ort, bei Ihnen daheim, am besten zusammen mit anderen Kommunen. Mit Ihrem Engagement im Bereich des Energiesparens, der Steigerung der Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energien sind Sie bereits auf dem richtigen Weg oder begeben sich auf diesen. Dafür benötigt man aber Geduld und einen langen Atem, d.h. man muss länger als in den politischen Vier-Jahres-Einheiten denken. Denn bei diesem Thema geht es nicht nur um die nahe Zukunft, sondern vor allem auch um die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Deswegen geben Sie Ihre Erfahrungen wertneutral an ihre Bürgermeis-

⁹ Das Resümee gibt nicht das Fazit am Ende der Veranstaltung vor Ort wieder. Es beinhaltet vielmehr übereinstimmende Ergebnisse aller Veranstaltungen. Dies erscheint an dieser Stelle zweckmäßiger, da Doppelungen vermieden und allen Teilnehmern derart ein erster Überblick (die Gesamtdokumentation wird Mitte März 2014 erstellt sein) zu den wesentlichen Punkten der anderen Regionalveranstaltungen ermöglicht wird.

terkollegen weiter, die sich noch nicht auf diesen Weg gemacht haben und verlieren sie nicht den Mut, sich angesichts ändernder Rahmenbedingungen weiterhin für dieses wichtige Thema einzusetzen.

In diesem Sinne: Seien Sie „Kümmerer“, von dem alle sprechen, motivieren Sie andere zum Mitmachen und bleiben Sie am (Energie-)Ball!